

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Am
5. März:
Neue
Arbeits-
losen-
proteste**
S. 6



**Bundes-
weite
Warn-
streiks
der ÖTV**
S. 18



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Niedersachsen-Wahl: Schröder	
Kanzlerkandidat	3
Die PDS zum Wahlausgang	3
Am Aschermittwoch	4
Politische Gefangene: Keine Wende in der Staatspolitik	4
Eva Juhnke wg. angeblicher PKK-Mitgliedschaft in türkischer Haft ..	5
Protest gegen Sozialhilfestreichung für Flüchtlinge	5
Neue Arbeitslosenproteste am 5. März	6
Neuer Angriff auf die Bodenreform	7

Auslandsberichterstattung

Frankreich: Front National und die Arbeitslosenbewegung	8
Türkei: Angriffe auf Hadep	9
Gegen Globalisierung: Peoples Global Action	9
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Agenda 21: Wohnumfeld armer Menschen wird verdichtet	13
Sozialpolitische Opposition	
Hamburg	14
Stuttgart: Stoppt Kita 2000!	15
Frankfurt: Politiker laßt das Kürzen sein	15
In Berlin wachsen die Armutsgebiete	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Ersatzkassen: Warnstreiks	19
CDU reißt sich neuen Sender unter den Nagel	19
Betriebsratswahlen 1998	19
DGB-Konferenz Berlin-Brandenburg	21
Neue Dienstleistungsgewerkschaft: Schwieriger Umbau	21

Diskussion und Dokumentation

Komitee für Grundrechte zur Irak-Krise	22
Aus der PDS-Programmdiskussion: Politik und Ideologie	24
Überlebende sowjetische NS-Opfer erinnern	25

Letzte Seiten

Besprechung: Kurdologie	27
Termine	28

IN BONN GEGEN LAUSCH-ANGRIFF:

Die Europäische Präsidentenkonferenz der Anwaltsorganisationen – sie vertritt Anwaltsorganisationen aus 36 Ländern – hat in einer in der letzten Woche verabschiedeten Resolution „mit allem Nachdruck“ gegen die geplante Genehmigung von polizeilichen Lausch-angriffen auf Anwaltsbüros protestiert. Sie forderte dazu auf, alles zu unterlassen, was den freien Zugang sowie das persönliche und absolut vertrauliche Gespräch des Bürgers zu seinem Anwalt gefährdet oder sogar beeinträchtigt. In der Resolution heißt es weiter, Anwälte seien in besonderer Weise legitimiert, für die Freiheit des Bürgers im Staat zu kämpfen. Alle Versuche, das Gespräch zwischen Bürger und Anwalt der Gefahr eines staatlichen Mithören auszusetzen, seien ein Eingriff in die Grundrechte des Bürgers. Die Hoffnung, dadurch verbrecherische Organisationen zu identifizieren, habe sich in den Ländern, die derartige Abhörmaßnahmen praktizierten, nicht erfüllt.

STREIT UM M.A.I.: Wegen zahlreicher noch ungeklärter Streitpunkte rechnet der für die Verhandlungen über das Abkommen zuständige OECD-Direktor Rainer Geiger inzwischen nicht mehr damit, daß das Abkommen wie geplant Ende April unterzeichnet werden kann. Er meint, erst Ende des Jahres könne das Abkommen perfekt sein. Als Hauptstreitpunkte unter den beteiligten Staaten und Firmen nennt er die Helms-Burton und D'Amato-Gesetze der USA, die fremde Firmen mit Strafgeldern belegen wollen, wenn sie den US-Bojkott gegen Kuba nicht einhalten. Wenn hier keine politische Lösung gefunden werde, könne das ganze Abkommen scheitern, fürchtet der OECD-Mann. Weitere Streitpunkte sind die von mehreren der 29 an den Verhandlungen beteiligten Staaten beantragten 600 Ausnahmeklauseln im Abkommen. So fordert die französische Regierung einen Schutz der französischen Filmindustrie gegen die US-Konkurrenz.

TEURE VERBEAMTUNG: Die im öffentlichen Dienst wegen angeblicher „Kostensparnis“ betriebene Welle der Verbeamtung von festen Angestellten (vor allem Länder und Kommunen wollen so kurzfristig die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sparen) führt zu Riesenverlusten der Sozialversicherungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Soziologen Peter Grottian an der FU Berlin. Wenn nur ein Zehntel mehr vollbeschäftigte Angestellte des öffentlichen Dienstes verbeamtet würden, so Grottian, betrage der jährliche Verlust für die Rentenversicherung 2,1 Mrd. DM, für die Krankenversicherung 1,7 Mrd. DM, für Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung 680 bzw. 274 Mio. DM.

ZEITARBEIT WUCHERT: Nach der im letzten April letzten Jahres in Kraft ge-

tretenen Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes wuchert die Zeitarbeit. Damals hatte die Regierung u.a. die zulässige Einsatzdauer der Zeitarbeiter in einem Betrieb von neun auf zwölf Monate verlängert. In der Folge hätten die Zeitarbeitsfirmen 81.000 Personen mehr einstellen können, berichtet der Verband – und unterschlägt damit wohlwissend, daß diese Einstellungen keine Zunahme von Beschäftigung bedeuten, sondern lediglich eine drastische Verschlechterung von vorher in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigten Personen. Nun verlangt der Verband weitere Lockerungen. Dann könnten seine Firmen womöglich 100.000 weitere Einstellungen vornehmen, droht er.

WAFFENEXPORT BOOMT: Der deutsche Export boomt – zum Beispiel der Export von Waffen. Beim „deutsch-spanischen Gipfeltreffen“ vergangene Woche in Madrid verkündete Spaniens Ministerpräsident Aznar, die spanische Armee werde in den nächsten Jahren 235 deutsche Leopard II-Panzer kaufen, darunter 219 Kampfpanzer und 16 Bergepanzer. Das Projekt, das grundsätzlich schon vor drei Jahren vereinbart worden war, soll nun im Jahr 2000 beginnen. Die Teile für die Panzer sollen aus der BRD kommen und dann in Spanien vom staatlichen Rüstungsunternehmen SBB zusammengebaut werden. Umfang des Waffendeals: 3,8 Milliarden DM.

STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat letzte Woche einen Antrag zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts in den Bundestag eingebracht. Wenn ein Elternteil bereits in der BRD geboren ist und über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügt, sollen hier geborene Kinder solcher Eltern künftig unverzüglich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Außerdem sollen Kinder, die schon länger als fünf Jahre in der BRD leben und deren einer Elternteil eine unbefristete Aufenthaltslaubnis besitzt, einen Einbürgerungsanspruch erhalten, unabhängig davon, ob sie evtl. nach der bisherigen Rechtslage noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben. Auch wenn dieser Antrag die Rechtlosigkeit der in der BRD lebenden Ausländer kaum mildert und mit großer Wahrscheinlichkeit keine Mehrheit im Bundestag findet: Er hält wenigstens das Thema in der öffentlichen Diskussion.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Die Themen der Bundestagssitzungen in dieser Woche hatten wir in der letzten Ausgabe schon mitgeteilt. Am 25./26. März treffen Kohl, Jelzin und Chirac in Jekaterinenburg in Rußland zu einem Dreistaaten-Gipfel zusammen. Am 26. März gibt der Zentralbankrat der Bundesbank sein Votum zum Teilnehmerkreis beim EURO-Start ab, einen Tag später entscheidet das Bundeskabinett im Vorfeld der EU-Gipfelkonferenz darüber.

Landtagswahl Niedersachsen 1998 und 1994 und Bundestagswahl 1994

Ein Vergleich der Zweitstimmenergebnisse

Partei	Landtag 1998		Landtag 1994		Bundestag 1994	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
SPD	2.068.960	47,9	1.990.623	44,3	1.983.321	40,6
CDU	1.550.523	35,9	1.547.610	36,4	1.971.664	41,3
Grüne	304.254	7,0	314.364	7,4	336.087	7,1
FDP	209.710	4,9	188.691	4,4	368.180	7,7
PDS	./.	./.	./.	./.	46.731	1,0
REP	118.730	2,8	159.026	3,7	57.988	1,2
STATT	30.198	0,7	55.605	1,3	./.	./.
Linke Liste Nds.	./.	./.	8.176	0,2	./.	./.
DKP	8.681	0,2	./.	./.	./.	./.
ALLE	4.316.840	100	4.249.021	100	4.777.308	100

Quelle: Landeswahlleiter Niedersachsen

Erststimmen für die PDS

In elf Wahlkreisen trat die PDS zu den Landtagswahlen mit Direktkandidaten an. Hier die Ergebnisse:

Wahlkreis .	Ergebnis in Prozent
100 (Wilhelmshaven)	1,2 Prozent
82 (Bissendorf):	0,8 Prozent
78 (Oldenburg-Land):	1,2 Prozent
77 (Delmenhorst):	1,2 Prozent
75 (Oldenburg Nord):	2,0 Prozent
74 (Oldenburg Süd):	2,6 Prozent
25 (Holzminden):	1,2 Prozent
24 (Einbeck):	0,6 Prozent
22 (Göttingen Land):	1,3 Prozent
21 (Göttingen):	2,5 Prozent
20 (Hann.Münden):	1,4 Prozent

Quelle: PDS-Landesvorstand, 2.3.98

Niedersachsen-Wahl

Schröder Kanzlerkandidat mit absoluter Landtagsmehrheit

Die Mobilisierung gegen die Kohl-Regierung ist gelungen, aber Schröders Politik der „neuen Mitte“ läßt eine andere Politik nur schwer erkennen

Schröder hat mit der SPD das beste Landtagswahlergebnis seit 1947 erzielt und seine absolute Landtagsmehrheit ausgebaut. Selbst wenn die FDP mit 4,9 Prozent nicht wiederum an der 5-Prozent-Sperrklausel gescheitert wäre, hätte die SPD mehr Stimmen erzielt als CDU, Bündnis 90/Grüne und FDP zusammen. Bei einer mit fast 74% nahezu gleich hohen Wahlbeteiligung wie 1994 (der höchsten Beteiligung bei einer Landtagswahl der letzten Jahre, die nicht am Tag der Bundestagswahl stattfand) mobilisierte der designierte Kanzlerkandidat Schröder und die nahezu vollständig auf ihn orientierte Wahlkonzeption der Niedersachsen-SPD 288.000 SPD-Wähler mehr als zur Landtagswahl 1994 und sogar noch 130.000 mehr als zur Bundestagswahl 1994 bei 81,8% Wahlbeteiligung.

Nach Aussagen von Forschungsinstituten am Abend der Wahl kam etwa die Hälfte der 288.000 mobilisierten SPD-Wähler von den Nichtwählern, über 50.000 von den Grünen, etwa 30.000 von der CDU, 22.000 von den Republikanern. Danach gelang der SPD durch Mobilisierung

der sog. traditionellen Wählerschichten (Arbeitnehmer, Facharbeiter) die größte Steigerung auf 57–58%, während aus dem Bereich der Arbeitslosen nach wie vor 52% die SPD wählten.

In einem von den Medien als inhaltsleer bezeichneten Wahlkampf setzte die SPD hauptsächlich auf ihren Kanzlerkandidaten Schröder und Fähigkeiten/Tätigkeiten wie „Bewegen“, „Lenken“, „Sichern“, „Schützen“, „Entscheiden“. In der inszenierten Wahlkampfdramaturgie der letzten Tage vor der Wahl war klar, daß Schröder nicht 44,3% minus weniger als 2% erreichen mußte, sondern 45% plus x, um Kanzlerkandidat der SPD zu werden.

Mit dem von ihm initiierten Kauf des Stahlbereichs der Preussag im Gebiet Salzgitter/Peine für etwa 1 Milliarde DM durch das Land Niedersachsen und die Norddeutsche Landesbank wenige Wochen vor der Wahl punktete Schröder deutlich. Da tritt in den Hintergrund, daß die Landesregierung in den nächsten 1 bis 2 Jahren schon wieder verkaufen will und evtl. nur die berechtigten Sorgen der Stahlwerker um ihren Arbeitsplatz be-

nutzte, um medienwirksam den „Ausverkauf niedersächsischer Interessen an den österreichischen Voest-Konzern zu verhindern“ und später in der Region Plakate „Wir wollen keine Österreicher werden“ aufzuhängen. Die Schrödersche Wirtschaftspolitik hält (mit Ausnahme von VW und der Nord-LB) an ihrer Privatisierungspolitik fest, seien es Harzwasserwerke, Lotto-Toto, Krankenhäuser usw. und hat wegen hoher Staatsverschuldung sogar die Wirtschaftsförderung reduziert.

Auffällig an der SPD-Wahlkampfführer war, daß sie trotz des bekannten rechten Bundesratskurses Niedersachsens in Asylfragen und beim Lauschangriff und trotz des Schröder-Ausfalls vom Frühsommer 1997 („Kriminelle Ausländer raus – und zwar schnell“) die innere Sicherheit im Gegensatz zur Hamburger SPD nicht demagogisch zum Hauptwahlkampfthema gemacht hat.

Die CDU und der Rechtsanwalt Christian Wulff konnten zwar 3.000 Stimmen hinzugewinnen, verloren aber 0,5% der Stimmenanteile und sanken auf 35,9%. Es gelang der CDU nicht, sich mit den

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigt, daß die Stimmung „Kohl muß weg“ im Lande weit verbreitet ist und deshalb mehrheitlich auf den SPD-Politiker gesetzt

Die PDS Niedersachsen zum Wahlausgang

Kanzlerkandidat, der auch für eine SPD-geführte Große Koalition steht.

wichtig wie eine stärkere außerparlamentarische Bewegung.

Die Ergebnisse der PDS-Direktkandidaturen in 11 Wahlkreisen Niedersachsens stimmen optimistisch, weil die PDS durchweg – so um ein Drittel – ihr Bundestagswahlergebnis von 1994 verbessern konnte.

(Hans-Henning Adler, Landesvorsitzender, 2.3.98)

Bis zur Bundestagswahl wird es Aufgabe der PDS sein, den WählerInnen und Wählern in Ost und West deutlich zu machen, daß zu einem Politikwechsel mehr gehört als ein Austausch der Regierungen. Dafür ist der Stachel PDS ebenso

Am Ascher-mittwoch ...

... ging man bei der CSU fest von einer Niederlage Schröders aus. Die Niedersachsenwahl wurde als eine erste Bewährungsprobe der Wahlstrategie angenommen.

Stoibers Gedankengang: Wenn die Unsicherheit allgemein wird, braucht's einen populären Grund. Verbrechen kann Leib, Leben und Habe bedrohen. Alles und alle brauchen da einen verstärkten Staat. Sonst kommen die Verbrecher von überallher, um sich bei uns, wo ihnen eine gefesselte Polizei nichts tun kann, niederkulassen. Aber die CSU weiß das und wird dafür sorgen, daß die organisierten Kriminellen samt ihren Anwälten usw. künftig belauscht werden. Die Verfolgung im Inland muß durch eine Grenzkontrollpolitik ergänzt werden. Sonst kommt es zu einem „Zustrom von Kriminellen und illegalen Einwanderern“. Illegalen Einwanderern zu helfen wäre nicht christliche Nächstenliebe, sondern Beihilfe. Nachdem diese Worte tatsächlich so gefallen sind, geht es weiter zu sozialen Fragen. Zum Länderfinanzausgleich: „Wir können Rot-Grün nicht hin-

dern, wirtschaftlich den Wagen an die Wand zu fahren, wenn sie das unbedingt wollen. Nur eins müssen die Genossen wissen: Die Reparaturkosten können sie nicht bei uns abbuchen.“ Woher die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Bundesländer? „Lafontaine und Genossen, die zuerst gegen die militärische Spitzentechnologie in Deutschland gewettet haben, mosern jetzt daß Bayern einer der Hauptnutznießer der Eurofighter-Produktion ist. Sie hätten eben auch rechtzeitig ihre Länder technologisch erneuern sollen.“ Arbeitslosigkeit? „Trotz unserer Erfolge bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erster Ziel ... Nur eins gibt es mit uns nicht: Abzocken von Sozialleistungen, Ansprüche stellen, ohne etwas zu leisten.“ Und: „natürlich liegt der Schlüssel zu mehr Beschäftigung in der Bildungspolitik ... Man muß sich mal vorstellen, was Gesamtschulen an Nachlassen der Leistungsbereitschaft herbeigeführt haben.“

Wie geht der Reim: Die Verbrecher und Kriminellen, die Illegalen, die abzocken, die Faulen, die rotgrünen, die ihre Fehler von anderen bezahlen lassen, die Linken, ... und, wieder von vorn, die Verbrecher ... Dazu ist sogar Schröder eine echte Alternative. maf

→ stark hervorgehobenen Tugenden ihres Bewerbers („ehrlich“, „zuverlässig“, „klar“) an die Spitze der Kritik an der Landesregierung im Bildungsbereich sowie gegen die Beschniedung kommunaler Finanzen zu setzen. Wulff kritisierte am Tag nach der Wahl auf der CDU-Präsidiumssitzung, daß angesichts der Kohlschen Bundespolitik mit „weiter so ...“ keine Wahlen zu gewinnen seien. Es bleibt abzuwarten, ob wirklich eine Diskussion um den CDU-Kanzlerkandidaten in Gang kommt.

Die Bündnisgrünen erhielten 0,4% und 10.000 Stimmen weniger und kamen auf 7,0 Prozent. Trotz stichhaltiger Kritik der Landesregierung in einzelnen Bereichen (Atompolitik, Asylrecht) und Lösungen wie „Ökologie schafft Arbeit“ war ihre Kritik an der Landesregierung eher verhalten und von ihrer inzwischen gerade hervorstechenden Pöstchen-Geilheit bestimmt. Das vorherige Verteilen von Minister- und Staatssekretärsposten hat sich für sie weder bewährt noch bewahrheitet.

Die FDP konnte trotz eines extremen Versuches, Zweitstimmen zu mobilisieren und sich als Steuersenkungspartei zu profilieren (Plakate im Bildzeitungsstil „Wahlwerbung auf ihrem Lohnzettel“ wegen des gesunkenen Solidar-Zuschlages) nur 20.00 Stimmen oder 0,5% hinzugewinnen und erhielten 160.000 Stimmen weniger als bei der BTW 1994. Ihre Funktion als mögliche Mehrheitsbeschaffer ist deutlich im Zurückgehen.

Beachtenswerterweise sprach Gerhard Schröder sowohl am Abend der Wahl als auch am nächsten Tag davon,

dass die „wahrscheinlichste Ablösungsperspektive (für die Kohl-Regierung) rot-grün“ sei. Und obwohl sich Schröder immer auch für die Möglichkeit einer Großen Koalition stark gemacht hat, wollen nach Meinungsumfragen 61% der niedersächsischen SPD-Wähler eine Zusammenarbeit von SPD und Grünen, aber nur 14% SPD/CDU und nur 11% SPD/FDP.

Aus dem faschistischen Spektrum traten in Niedersachsen wiederum die Republikaner an. Sie erzielten mit ihren Lösungen „Arbeit für Deutsche“ und „Kriminelle Ausländer abschieben“ 2,8% der Stimmen und verloren 0,9% oder gut 40.000 Stimmen. Allerdings sind starke regionale Schwerpunkte vorhanden wie Wilhelmshaven mit 8,6%, die sich wohl eher mit Organisationsstruktur als beispielsweise mit der sehr hohen Arbeitslosigkeit erklären lassen.

Die PDS trat nicht mit einer Landesliste an. Sie kandidierte in 11 von 100 Wahlkreisen mit Direktkandidaten, wo sie hauptsächlich in regionalen Schwerpunkten (Raum um Göttingen und Oldenburg) mit kommunalen Mandaten die Möglichkeit zur Abgabe einer linken Proteststimme gab. Die dokumentierten Ergebnisse sind nicht unbedeutlich und liegen höher als bei den Bundestagswahlen 1994. Im Vorfeld wurden „Landespolitische Positionen“ erarbeitet und über 150.000 Landes-Wahlzeitungen verteilt.

Die DKP kandidierte mit einer Landesliste und erhielt 8.681 Stimmen (0,2%) und damit etwas mehr als die Linke Liste Niedersachsen 1994 (8.176 Stimmen, 0,2%). mio

Politische Gefangene

Keine Wende in der Staatspolitik

Helmut Pohl, zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilter Gefangener aus der RAF, ist nach 14 Jahren ununterbrochener und insgesamt 22 Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen worden. Christian Klar soll früheren im Jahr 2008 – nach dann 26 Jahren Haft – einen Antrag auf vorzeitige Entlassung stellen dürfen.

Pohls Gesundheitszustand machte eine Operation an der Wirbelsäule unabdingbar. Die Operation verzögerte sich zunächst um eine Woche, bevor die Krankenkasse entschied, die Finanzierung zu tragen, ist dann jedoch erfolgt und, so weit jetzt schon zu beurteilen, gut verlaufen. Helmut Pohl ist mittlerweile aus dem Krankenhaus entlassen. Allerdings muß er länger als erwartet unter medizinischer Kontrolle bleiben, bevor er eine Reha-Klinik kommt; die nächsten sieben bis acht Wochen bleibt er bei seiner Familie und kann sich so viel und so frei, wie es sein Zustand erlaubt, bewegen. Ob er nach der Reha-Maßnahme zurück ins Gefängnis muß, ist zur Zeit offen. Er hat vor Jahresfrist einen Antrag auf Begnadigung gestellt, den der Bundespräsident noch nicht entschieden hat.

In scheinbarem Gegensatz zur – bisher nur zeitweiligen – Entlassung Helmut Pohls steht eine andere Meldung von Ende letzter Woche: Das Oberlandesgericht Stuttgart schloß sich dem Votum der Bundesanwaltschaft an und legte fest, daß Christian Klar, zu fünfmal lebenslang plus 15 Jahren verurteilt und seit 1982 inhaftiert, frühestens nach einer Haftzeit von 26 Jahren, also im Jahr 2008, einen Antrag auf „vorzeitige“ bedingte Entlassung stellen kann. Angesichts der Isolationshaft, der Christian Klar mehr als ein Jahrzehnt in ihrer schärfsten Ausprägung unterworfen war und die gerade gegen ihn bis heute nicht aufgehoben ist, kommt der Urteilsspruch des OLG dem Versuch gleich, die Todesstrafe auf Raten zu vollstrecken.

Die beiden Meldungen können als widersprüchliche Tendenzen im Staatsapparat gelesen werden, was den Umgang mit den politischen Gefangenen betrifft. Sie können aber auch als Demonstration verstanden werden, keinen der verbliebenen Gefangenen aus der RAF aus dem Gefängnis entlassen zu wollen, es sei denn todkrank.

Wie berichtet, haben die Bündnisgrünen im Bundestag eine Initiative zur Abschaffung der in den 70er und 80er Jahren geschaffenen Sondergesetze in Arbeit. Es ist zu hoffen, daß diese Initiative nicht über der Neuwahl des Bundestages steckenbleibt, wie es vor rund 14 Jahren schon einmal ähnlichen Grünen-Initiativen, damals zur Ächtung der Isolationshaft, passiert ist. Im Februar nun hat sich

die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen – wie vor ihr schon der Republikanische Anwältenverein – die Forderung nach Abschaffung der Sondergesetze aufgegriffen und mit der Forderung nach Freilassung der Gefangenen aus der RAF verbunden.¹ Leider schweigt die PDS bisher dazu. Dennoch gibt es im anlaufenden Bundestagswahlkampf zwei wichtige Bezugspunkte, um die staatliche Politik im Kampf gegen die RAF und die Forderung nach Freilassung aller Gefangenen aus der RAF in einer breiteren Öffentlichkeit zu thematisieren.

scc

1 vollständig abgedruckt im Angehörigen Info 204

**Deutsche wg. angeblicher Mitgliedschaft
in der PKK im türkischen Gefängnis**

pwi:

„Freilassung von Eva Juhnke und allen politischen Gefangenen in der Türkei!“

Die Freilassung der im Oktober 1997 von türkischen Spezialeinheiten im irakisch-türkischen Grenzgebiet inhaftierten Eva Juhnke fordert prison watch international. Die Sprecherin der Menschenrechtsorganisation, die grüne Landtagsabgeordnete Heidi Lippmann-Kasten aus Niedersachsen, wendete sich mit dieser Forderung am 27. Februar an die Öffentlichkeit.

Die Hamburgerin Eva Juhnke, die seit fünf Jahren in Kurdistan lebte und sich für die Interessen des kurdischen Volkes einsetzte, wurde unbewaffnet und schwer krank in der Nähe von Hakkari verhaftet. Mittlerweile läuft vor dem DGM (Staatssicherheitsgericht) in Diyarbakir ein Prozeß gegen sie wegen Mitgliedschaft in der PKK und weiterer Anklagepunkte nach Anti-Terror-Gesetz. Sollte sie hiernach verurteilt werden, droht ihr eine Haftstrafe bis zu 24 Jahren.

Nach ihrer Verhaftung wurde sie mit verbundenen Augen, an Händen und Füßen gefesselt und unter der Drohung, man würde sie aus dem Hubschrauber werfen, nach Diyarbakir transportiert, wo sie in Polizeihaft von Mitgliedern des Geheimdienstes tagelang unter erneuten Drohungen und menschenunwürdigen Zuständen verhört wurde. Nach ca. 2 Wochen erfolgte die Verlegung in das Gefängnis von Mus und die Anklageerhebung vor dem DGM in Diyarbakir. Seitdem fanden mehrere als Haftprüfungstermine definierte Prozeßtermine statt und es ist mit einem baldigen Prozeßende zu rechnen. Nächster und vermutlich letzter Verhandlungstermin soll der

Protest gegen Sozialhilfestreichung für Flüchtlinge Göttinger Erklärung

Artikel 1 Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“

Am 6.2.1998 wurde im Bundesrat eine Gesetzesinitiative verabschiedet, die bestimmte Gruppen geduldeter Ausländer von praktisch allen Sozialleistungen abschneidet, die noch ein menschenwürdiges Leben ermöglichen würden. Beim gegenwärtigen Stand der Diskussion ist unklar, welche Gruppen von Menschen auf welche Weise genau betroffen sein werden.

Unabhängig davon fassen wir folgenden Beschuß:

Wir fordern alle Mitglieder des Bundestages und der Länderparlamente dazu auf, den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Unantastbarkeit der Menschenwürde zu verteidigen und die Gesetzesinitiative des Bundesrates kompromißlos zu verhindern.

Zur Begründung

Es ist ein Widerspruch in sich, daß Flüchtlinge zwar aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen geduldet werden, daß sie aber gleichwohl gezwungen

werden sollen, „freiwillig“ auszureisen, indem man ihnen die Lebensgrundlage entzieht.

Was trotz des ohnehin schon restriktiven Ausländerrechts nicht durchgesetzt werden kann, soll nun sozialrechtlich durchgesetzt werden. Das Sozialrecht soll zum Ordnungsrecht werden, Vereindlung dient der Vertreibung.

Hier wird das bereits mit dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeführte Prinzip der geteilten Menschenwürde endgültig festgeschrieben. Die Kommunen und hier insbesondere die Sozialämter sollen als Vollzugsanstalten für Ausländerbehörden mißbraucht werden. Dieser weitere grundsätzliche Einschnitt in das soziale Sicherungssystem unseres Landes hat eine über die aktuell betroffene Gruppe hinausgehende Bedeutung: Die Politik des Sozialabbaus schlägt um in eine Politik der sozialen Ausgrenzung und der sozialen Verfolgung.

Diese Erklärung wurde am 24. Februar 1998 einstimmig von etwa 120 anwesenden Personen verabschiedet. Neben verschiedenen ParteivertreterInnen und der Sozialdezernentin sowie dem Rechtsdezernenten der Stadt Göttingen waren folgende Initiativen und Organisationen anwesend: Am 6. März 1998 wird die Göttinger Erklärung als Eilantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in die Versammlung des Göttinger Rates eingebracht.

AK Flucht und Asyl • Anlaufstelle für Sozialberatung und Rechtspflege der Neuen Chance e.V. • Antirassismusplenum • Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände • Arbeitskreis für Flüchtlinge / Stephanusgemeinde • Arbeitskreis Solidarische Welt e.V. • Ausländerbeirat Göttingen • Ausländerkommission der Niedersächsischen Landtags • AWO Kreisverband Göttingen e.V. • Basisgruppe / Fachschaft Romanistik • Basisgruppe Jura • Beratungszentrum für Flüchtlinge (St. Jacobi und Caritasverband) • Bildungswerk der DAG • Buchladen Rote Straße • Bürgerinitiative Flüchtlingswohnheim Merkelstrasse • Büro für medizinische Versorgung von Flüchtlingen • DGB Kreisverband Göttingen • DRK Kreisverband e.V. • Ev. Ausländerpfarramt • Fachschaftsliste Mathe/Physik der Universität Göttingen • Flüchtlingsrat Niedersachsen • Frauenhaus e.V. • Freie Altenarbeit Göttingen • Geschichtswerkstatt Göttingen • Gesellschaft für bedrohte Völker • Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit • Gesundheitszentrum • Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V. • Göttinger Betriebsexpress • Göttinger Friedensbündnis • Initiative „Kein Mensch ist illegal“ • Institut für angewandte Sozialfragen GmbH • Jüdische Wohlfahrt • Katholische Kirchengemeinde St. Michael / Sozialpolitischer Arbeitskreis • Kirchlicher Arbeitskreis „Flüchtlinge und Asyl“ • Kurdisan Solidarität Göttingen • Mittagstisch St. Michael • OLLAFA Offene Linke Liste - Asta für alle • pampa (Zeitschrift) • Parata Todas Todo • Paritätischer Wohlfahrtsverband Göttingen • Pax Christi / Internationale katholische Friedensbewegung / BG Göttingen • Runder Tisch „Armes Göttingen“ • Seniorenbeirat der Stadt Göttingen • Shelter e.V. / Sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Selbsthilfe-Initiative • Stephanus Kirchengemeinde • Tagessatz (Zeitung für Menschen in sozialen Schwierigkeiten) • Verein zur Erschließung neuer Beschäftigungsformen e.V. • Zukunftswerkstatt

19.3.1998 sein.

pwi hatte schon im Dezember letzten Jahres auf Wunsch der Angehörigen eine Patenschaft für Eva Juhnke übernommen und Gespräche mit Vertretern des Menschenrechtsvereins IHD in der Türkei geführt. Ein in dieser Woche geplantes Gespräch im Auswärtigen Amt soll Aufklärung über die Unterstützung der Deutschen Vertretung in der Türkei bringen.

Eva Juhnke ist – ebenso wie der seit Dezember letzten Jahres im Nordirak inhaftierte Jörg Ulrich aus Braunschweig – wegen der Zugehörigkeit zur PKK angeklagt. Beide unterstützen den Kampf des

kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung und für die Einhaltung der Demokratie und der Menschenrechte in der Türkei. Beide sind, gemeinsam mit ztausenden kurdischen Frauen, Männern und Kindern Opfer des vom türkischen Regime gegen das kurdische Volk gerichteten Krieges. Mitverantwortlich an dem Völkermord am kurdischen Volk ist letztendlich auch die verfehlte Türkeipolitik der Bundesregierung, die in den vergangenen Jahren den Krieg immer wieder mit Waffen- und finanzieller Hilfe unterstützt hat.

Eva Juhnke ist eine von rund 10.000 politischen Gefangenen in der Türkei, die

→ der staatlichen Willkür und der Menschenverachtung des türkischen Regimes ausgesetzt sind. Obwohl Eva als Deutsche keiner körperlichen Folter ausgesetzt wurde, ist sie den Repressionen und dem psychischen Druck einer politischen Gefangenen ausgesetzt. Hinzu kommt, daß sie unter der Anklage aktiv für die PKK gekämpft zu haben, als Separatistin angesehen wird. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Angriffen gegen politische Gefangene, so z. B. im September 1996, wo elf Gefangene von Polizei und Militär im Gefängnis von Diyarbakir erschlagen wurden.

pwi wird den Prozeß gegen Eva Juhne vor Ort beobachten und fordert ihre Freilassung ebenso wie die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei.

(Heidi Lippmann-Kasten, pwi-Vorsitzende, Göttingen, 27.2.98)



Hauptforderungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen

- Kein vierteljährliches Stempeln, sondern Beratung und Qualifizierung;
 - Wiederherstellung des Berufsschutzes;
 - kein Arbeits- und Bewerbungszwang in miese Jobs, sondern Arbeitsplätze, von denen wir leben können;
 - keine verlängerten Arbeitszeiten, sondern radikaler Abbau von Überstunden, sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche in allen Branchen, weitere tägliche Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich für die unteren Tarifgruppen in den nächsten fünf Jahren;
 - Existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist.
- aus: Info Rundbrief der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen, Nr. 39, a.a.O.

Hauptforderungen der Sozialhilfeinitiativen

- Keine Anrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe!
- Ersatzlose Streichung des Lohnabstandsgebots!
- „Monatsgehalt“ für Sozialhilfebezieherinnen und Arbeitslose!
- Weg mit dem Arbeitsverbot für Flüchtlinge – Keine Sondergesetze für AusländerInnen!

Quelle: BAG der Sozialhilfeinitiativen, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/Main.

„Endlich auf der Straße – Die ‘Neue A-Klasse’!“

Neue Arbeitslosenproteste am 5. März

Die Bielefelder „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ zieht in ihrem „Info-Rundbrief“ ein zufriedenes Resümee des Aktionstages gegen Arbeitslosigkeit im Februar und kündigt eine Fortsetzung der Aktionen an. Für September ist in Berlin eine zentrale Aktion geplant.

Am 20. Januar rief die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen gemeinsam mit Gewerkschaften und den Zusammenschlüssen der Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen zu monatlichen Protesttagen der Arbeitslosen auf. Das Medienecho war überwältigend, die Resonanz bei Initiativen und Gewerkschaften groß. Innerhalb kürzester Zeit wurden örtliche Aktionen auf die Beine gestellt. Mit mehr als 50.000 Teilnehmern in über 200 Städten wurden die Erwartungen an den 1. Aktionstag bei weitem übertroffen. Die örtlichen Initiativen registrierten eine dreimal so hohe Beteiligung wie in der Vergangenheit. Viele Betroffene gingen erstmalig auf die Straße. Sie zeigten Selbstbewußtsein, sie wollen sich nicht länger ausgrenzen und diskriminieren lassen.

(...) Die Proteste in Frankreich waren ein Signal; 5 Millionen registrierte Arbeitslose wurden für Januar erwartet; gesetzliche Verschärfungen bei Leistungen, Zumutbarkeit, Disziplinierung und Kontrolle haben Unmut erregt; in fast allen Branchen ist weiterer Stellenabbau angekündigt – das alles hat den Funken zu Beginn des Wahljahres überspringen lassen. Die Beschwichtigungsversuche von Blüm (es ginge den deutschen Arbeitslosen doch ganz gut) und die hektischen

Appelle der Bundesregierung (Betriebspraktika für Jugendliche und Arbeitsgelegenheiten für langzeitarbeitslose SozialhilfebezieherInnen) wirkten eher anheizend denn beruhigend.

Französische Verhältnisse haben wir (noch) nicht), doch die hat wohl keiner ernsthaft erwartet ... Allerdings sind die Protestbereitschaft der Betroffenen und die Aktionsfähigkeit von Netzwerken und Selbsthilfestrukturen hierzulande nicht zu unterschätzen ... Aus dem Anfang am 5.2. muß eine soziale Protestbewegung gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung werden. Wachsende Massenarbeitslosigkeit ist ein öffentlicher Skandal, der nur durch öffentlichen Druck beseitigt werden kann. Deshalb muß die Unterstützung in Gewerkschaften, Verbänden und Parteien weiter wachsen. Die Aktiven vor Ort und in den Regionen sind aufgefordert, Aktionskomitees zur Vorbereitung der weiteren Protesttage zu bilden. Diese sollen monatlich fortgesetzt werden, immer am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen: 5.3., 7.4., 8.5., 9.6., 7.7., 6.8. Da wollen wir zu den Verursachern der Arbeitslosigkeit gehen, zu Unternehmerverbänden, Parteibüros von CDU und FDP, Börsen und Banken, zu Betrieben und Verwaltungen, die Stellen abbauen oder wo die Belegschaften in Tarifauseinandersetzungen stehen. Für September ist dann eine zentrale Veranstaltung in Berlin geplant.

aus: Info Rundbrief Nr. 39, Hrsg. von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstraße 10, 33602 Bielefeld, Tel. 0521-179922, Fax 0521-179930.

Parteiauftrag erfüllt – Gesetzesblockade durchbrochen

Von Wolfram Triller

Im Prozeß der Deutschen Einheit war es den Mitschuldigen am 2. Weltkrieg, den Junkern und Großgrundbesitzern nicht gelungen, die historisch notwendige und gerechtfertigte Bodenreform in Ostdeutschland rückgängig zu machen. Auch mehrere Versuche, die im Einigungsvertrag und im Grundgesetz getroffenen Regelungen außer Kraft zu setzen, scheiterten. Die Bodenreformflächen gingen in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland über.

In ihrem Privatisierungswahn setzte die Kohlregierung allerdings das Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (EALG) durch, dem auch die SPD zustimmte. Danach sollen die Alteigentümer eine Entschädigung für die Enteignung erhalten und parallel zu den gegenwärtigen Bodenbewirtschaftern zu Sonderkonditionen Bodenreformflächen erwerben können.

Nach dem Scheitern der Einsprüche gegen die Bodenreformregelungen im Einigungsvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht konzentrieren sich die Alteigentümer auf die Überwindung der mit EALG geschaffenen Situation. Dazu organisieren sie eine millionenschwere Pressekampagne mit Anzeigen und Artikeln, in denen sie auch schon einmal Kanzler Kohl als Lügner bezeichnen. Auch das Bundesverfassungsgericht wird wieder bemüht, hat aber noch nicht entschieden. Stärkster Verbündeter soll die EU-Kommission werden, die nach Beschwerden der Alteigentümer prüft, ob das EALG mit seinen Sonderkonditionen auch für die neuen Bodenbewirtschafter eine verdeckte Subvention darstellt und damit unzulässig wäre. Obwohl die neuen Bewirtschafter kaum Geld haben, sich am Bodenkauf zu beteiligen, wollen die Alteigentümer kein Risiko eingehen und sie von vornherein vom Kaufrecht ausschließen.

Erfolg hat aber inzwischen ihr Protest auf dem letzten CDU-Parteitag gehabt. Zwar hat der Parteitag über mehrere Anträge zur Bodenreform nicht abgestimmt, sie aber an die CDU-Bundestagsfraktion überwiesen. Die PDS-Bundestagsgruppe brachte daraufhin einen Antrag zur erneuten Bestätigung der gesetzlichen Regelungen aus dem Einigungsvertrag zur Bodenreform durch den Bundestag ein. Er wurde mit dem Hinweis abgelehnt, dafür stünde keine Notwendigkeit, da keine Gesetzesänderungen vorgesehen seien. Ein Arbeitskreis „Enteignungen zwischen 1945 und 1949“ unter Leitung des stellvertretenden CDU-Fraktions-

vorsitzenden Prof. Rupert Scholz legte nun Anfang Februar ein Papier vor, daß auch ohne Gesetzesänderungen den Interessen der Alteigentümer weitgehend entspricht und durch weitere Maßnahmen ausgebaut werden soll.

Das Scholz-Papier löste in Ostdeutschland einen Proteststurm aus. Graf. Lambsdorff sieht dafür keinen Grund, denn an den gesetzlichen „Regelungen wolle die CDU nichts ändern“. Während Bundesumweltministerin Merkel und der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Krüger noch bagatellisierend von einem „Diskussionspapier“ sprachen und sich das Mitglied der Arbeitsgruppen Dr. Luther von Teilen des Papiers distanzierte, wurden andere deutlicher. Der Landwirtschaftsminister Brick (CDU) aus Mecklenburg-Vorpommern sprach von „Ignoranz gegenüber den ostdeutschen Befindlichkeiten“ und von einem „Skandal“, allerdings nur, weil der Scholz-Bericht ohne die Beteiligung der neuen Länder erstellt worden sei.

Bei der Abstimmung über den SPD-Antrag, dem auch die PDS zustimmte, das Scholz-Papier zurückzuweisen, hob er allerdings nicht die Hand. Vielmehr erklärte er, „wenn es Verbesserungen für die Alteigentümer gibt, ohne daß unsere Landwirte benachteiligt werden, kann ich damit leben“. Offensichtlich ist er überfordert zu begreifen, daß die „Verbesserungen“ gerade darin bestehen, „unsere Landwirte“ zu benachteiligen.

Der Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg kann laut Berliner Zeitung „solchen Mist nicht begreifen“ und erwartet: „In Brandenburg würde die CDU dann auf dem Lande endgültig den Bach runtergehen“. Dieser Protest richtet sich vor allem gegen das Aufbrechen der 18-jährigen Pachtzeit. In vielen anderen Punkten stimmt das Scholz-Papier mit einer gemeinsamen Stellungnahme vom 17. Januar 1998 der ostdeutschen Bauernverbände mit der Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände überein. Ihr Vorsitzender Michael Prinz zu Salm-Salm schlägt deshalb ein „Agrar-Forum-Ost“ vor und wendet sich gegen das Gerede von einer Umkehr der Bodenreform und eine „bewußt geschürte Stimmungsmache und gezielte Verunsicherung der Landwirte“. Vielmehr sei der Kaufstopp an Nichtberechtigte „eine Maßnahme gegen ausländische Profiteure und Immobilienpekulanten aus Westdeutschland“. Auch den SPD-Antrag im Bundestag, die wenigen kurzfristigen Pachtverträge auf 18 Jahr zu verlängern, wird Prinz Salm notfalls unterstützen, denn „wir stellen die langfristigen Pachtverträge nicht in Frage“,

meinte er.

Da es der Scholz-Arbeitsgruppe „nur“ darum geht, „bürokratische Hemmnisse“ und „Unklarheiten bei der Umsetzung der Flächenerwerbsverordnung“ zu beseitigen, rennt Oskar Lafontaine mit seiner Forderung, „die Landwirtschaft in den neuen Ländern braucht Rechts- und Planungssicherheit“, bei der Bundesregierung offene Türen ein. Auch der gemeinsame Antrag von SPD und PDS zum Scholz-Papier, das der Landtag Brandenburg gegen die Stimmen der CDU verabschiedet hat, ist nur ein Drohen mit dem Finger. Das Kernproblem besteht, wie Lothar Bisky in seinem Debattenbeitrag betonte, in der notwendigen Korrektur des totalen Bodenprivatisierungsauftrages des Treuhandgesetzes zugunsten der Verpachtung oder Vergabe an die gegenwärtigen Bewirtschafter. Außerdem forderte er die unentgeltliche Eigentumsübertragung von Naturschutzflächen an Länder und Kommunen sowie die Verwaltung und Verwertung des einst volkseigenen Bodens in die Hände der Länder.

Da die „großen Volksparteien“ in der Bundesrepublik allerdings nicht bereit sind, ihren zur weiteren sozialen Spaltung führenden Privatisierungs- und De-regulierungskurs zu beenden, wird Prof. Scholz dem nächsten CDU-Parteitag mit großer Wahrscheinlichkeit melden können: „Parteiauftrag erfüllt, Interessen der Alteigentümer ‘untergesetzlich’ gesichert“.

Die ökonomischen und politischen Machthaber in der Bundesrepublik sind damit ihrem Ziel der deutschen Einheit ein Stückchen näher, die kapitalschwachen Ostdeutschen aus den Grundbüchern zu streichen.

Hoffentlich haben sie den Widerstandswillen der ostdeutschen Bauern unterschätzt. Denn Kampferfahrungen haben sie schon bei der geplanten 4. LAG-Novelle bewiesen und sie in der ursprünglichen Form verhindert. Denn „wenn sich die Bauern in Ostdeutschland nicht zu außerparlamentarischen Maßnahmen entschließen, werden viele von ihnen das Schicksal der Arbeiter der volkseigenen Betriebe teilen“, erklärte der agrarpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe.

Doch wie der Kampf auch ausgeht, es bleibt der Satz von Gerhard Zwerenz im Deutschen Bundestag: „Die nächste Wende kommt bestimmt.“

Wolfram Triller ist Mitarbeiter des agrarpolitischen Sprechers der PDS im Bundestag, des Abgeordneten Dr. Günther Maleuda.

•



Arbeitslosenprotest
in Marseille im
Januar 1998.

schließen die Arbeitslosen sich nicht zusammen.“ Dies ist natürlich, man ahnte es und kann es demselben Absatz entnehmen, das Werk eines „marxistischen Kollektivs, das die laufenden Aktionen organisatorisch umrahmt.“ Die ersten Reaktionen der rechtsextremen Presse auf die Arbeitslosenbewegung waren schlicht unwirsch ablehnend. *National Hebdo*-Chefredakteur Martin Peltier schrieb in der Ausgabe vom 18.12.97 über die beginnenden Besetzungen von Arbeitslosenkassen: „Vom Standpunkt der öffentlichen Ordnung aus ist es keine Frage, daß das zu weit geht.“ Und: „Die Leute, die arbeiten und sich abrackern, sähen es gerne, wenn jene, die von den Arbeitslosengeldern profitieren – die auf ihre Lasten gehen –, ein bißchen Anständigkeit an den Tag legen würden und merken würden, wann man lächerlich wird.“ Die Wochenzeitung *Minute* (31. Dez. '97), die dem FN-nahen (kleinen) Presseimperium angehört und zugleich eine Brücke zu konservativ-reaktionären Milieus am Rande der bürgerlichen Rechten darstellt, schreibt ihrerseits: „Das ist die letzte Mode des Jahres, welche die Tendenz für 1998 ankündigt. Nach dem Samba der 'Sans-papiers' / Einwanderer 'ohne Papiere' (früher sagte man illegale Ausländer) und dem Rumba der 'ohne Wohnung' (früher sagte man Clochards / Stadtstreicher) kommt hier jetzt der Salsa der 'ohne Arbeit' (früher sagte man Arbeitslosen).“ Nachdem *Minute* sich über „die ziemlich schwache Anzahl“ der Arbeitslosen lustig gemacht hat, schließt das Blatt: „Versöhnt, um den Weihnachtsmann und die Sozialversicherung zu erpressen, spielen die Stalinisten der CGT und die Trotzkisten von AC (Anm.: Basisbewegung „Gemeinsam handeln gegen die Arbeitslosigkeit“) die Dirigenten des Orchesters.“ Im Bewußtsein darüber, daß die extreme Rechte auf ihre eigenen Wähler Rücksicht nehmen sollte (von denen freilich der Großteil Blätter wie *National Hebdo* und *Minute* nicht liest, die mit ein paar zehntausend Exemplaren Auflage den harten Kern der „nationalen Bewegung“ bedienen), übt *National Hebdo* sich am 15.1.98 in Auseinander-Differenzierung. So schreibt die FN-Parteizeitung in ihrer Einleitung: „Die Demonstrationen der Arbeitslosen zeigen ein echtes Leid auf und verurteilen die (aktuelle) Behandlung der Arbeitslosigkeit. Aber sie sind auch ein politisches Manöver, das von der KP lanciert worden ist, um die Regierung unter Druck zu halten und – vor allem – um eine Kleine-Leute-Wählerschaft zurückzugewinnen, die vom Front National angezogen wird.“

Vier Seiten weiter kommt dann die Verschwörungstheorie, wonach alle – soziale Bewegung und Staat / Establishment / Regierung – sich systematisch gegen den FN verschworen haben.

Der Front National ist durch sein Verhalten während des jüngsten Arbeitslosenkonflikts auf der politischen Bühne

Frankreich

Der Front National und die Arbeitslosenbewegung

Der Front National wird, das ist bekannt, von einem bedeutenden Prozentsatz der Arbeitslosen gewählt. So stimmten bei der Präsidentschaftswahl am 23. April 1995 jeweils 30 Prozent der Arbeiterschaft (im engen soziologischen Sinne, d.h. ohne Angestellte etc.) und der Arbeitslosen für den Kandidaten Jean-Marie Le Pen. Für die Parlamentswahl am 25. Mai 1997 weichen die Zahlenangaben der verschiedenen Untersuchungen relativ stark voneinander ab. Aber es sieht danach aus, als sei der Anteil des FN in diesen Kategorien etwas zurückgegangen, auf circa 25 Prozent, unter den Arbeitern und rund 15% unter den Arbeitslosen (*Le Monde*, 24. Januar 98). Ein Teil dieser Wählerschichten wurde erneut von den Linksparteien angezogen und v.a. von der Sozialdemokratie, die sich von ihrer schweren Niederlage 1993 erholt hatte.

Wie reagiert nun die rechtsextreme Partei, angesichts ihrer Verankerung in diesen – sozial unzufriedenen – Wähler-

schichten, auf die jüngste Bewegung der Arbeitslosen, die seit dem 11.12.97 Arbeitslosenkassen und öffentliche Ämter besetzen, um eine Aufbesserung ihrer mehr als armseligen Unterstützung zu fordern? (Über 82 Prozent der Langzeitarbeitslosen, d.h. der über 2 Jahre lang Arbeitslosen, erhalten weniger als umgerechnet 900 DM im Monat zum Leben.)

Fest steht, der Front National mag die Arbeitslosen – aber nur, wenn sie still ihr Schicksal erdulden, das Maul halten und, vor allem natürlich, rechtsextrem wählen. Schluß mit lustig ist aber, sobald die Arbeitslosen aus ihrer Vereinzelung und sozialen Isolierung heraustreten, welche die rechtsextreme Partei als ihre natürliche Eigenschaft ansieht, oder gar kollektiv protestieren. Das geht gegen die Natur, denn wie schreibt die FN-Wochenzeitung *National Hebdo* (8.1.98): „Die Arbeitslosigkeit – man braucht kein Soziologieprofessor zu sein, um es zu wissen – wird je nach Individuum und Situation sehr unterschiedlich erlebt. Von allein

leicht ins Abseits gedrängt worden. Sehr deutlich bestätigte dies eine Umfrage, die am 17.1.98 von der Tageszeitung *Le Parisien* publiziert wurde. Die Befragten waren dazu interviewt worden, welchen sozialen und politischen Formationen sie „in diesem Konflikt eher vertrauen oder eher nicht vertrauen“. Die einzigen Akteure, denen eine Mehrheit der Franzosen aus diesem Anlaß ihr Vertrauen aussprach waren die Arbeitslosenselbsthilfeorganisationen wie AC! (58% positive gegenüber 30% negative Stimmen). Für alle politischen Parteien (den Sozialisten „vertrauen“ in diesem Zusammenhang 40%, den Grünen 33%, den bürgerlichen Parteien RPR und UDF 26% bzw 24 %, der KPF 25%) und die Gewerkschaften (CGT 30%, CFDT 28%) sowie den Arbeitgeberverband CNPF (14% „Vertrauen“) überwiegt die Anzahl der negativen Meinungen gegenüber den positiven. Den extremsten Negativwert aber erreicht in diesem Fall der Front National: neben 7%, die ihm im Kontext des Arbeitslosenkonflikts „vertrauen“, drücken 84% ihr Mißtrauen aus. Das bedeutet freilich nicht, daß der FN damit mittelfristig von der politischen Bühne abgemeldet wäre. Sein Abseitsstehen anläßlich der Streikwelle im Herbst 1995, die es ebenfalls vorübergehend stiller um ihn werden ließ, hat nicht einmal kurzfristig zu einem Einbruch des FN bei den Wahlen geführt, und derzeit wird die rechtsextreme Partei in Umfragen auf einem Stimmenniveau von 16% (Parlamentswahl 1997: 15%) gehandelt. Aber es zeigt die massive Schwierigkeit des FN, seinen politisch-ideologischen Einfluß in der Gesellschaft in eine reale Präsenz auf dem „sozialen Terrain“ umzusetzen.

Türkei

Schwere Angriffe auf die HADEP

Seit Ende Januar verschärft der türkische Staat im Schatten der Golfkrise seine Angriffe auf die kurdische Bevölkerung und ihre Organisationen.

Die Türkei versucht, das Gebiet Südkurdistan im Nordirak bis zu den Ölquellen von Kirkuk und Mossul dauerhaft zu besetzen. Das Militär führt seine Angriffe und Vertreibungsaktionen gegen die kurdische Bevölkerung fort. Organisationen, die Frieden und eine demokratische Lösung für Kurdistan fordern, behindern diese Interventions- und Zerstörungsmaßnahmen. Die Sozialdemokratische Partei, die mit Yilmaz in der Regierung sitzt, hatte vor kurzem eine Umfrage über das Wahlverhalten zu den kommenden Kommunalwahlen in mehreren kurdischen Städten und Landbezirken durchgeführt. Das Ergebnis lautete: Rund achtzig Prozent der Menschen in den kurdischen Gebieten würde trotz aller Angriffe und Repression die Demokratische

Partei des Volkes HADEP wählen. Nun greifen die türkischen Sicherheitskräfte verstärkt die Oppositionskräfte an.

Ende Januar wurden aus Diyarbakir Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder an andere Orte verbannt, teilweise bis ans Schwarze Meer. Am 11.2. wurde die HADEP im Kreis Van überfallen. Am 12.2. wurden in Adiyaman ein Großteil des Kreisvorstandes verhaftet. Bisheriger Höhepunkt ist aber der Überfall auf die HADEP-Zentrale in Ankara am gleichen Tag durch die Antiterroreinheit. Eine Reihe führender Funktionäre der Partei, darunter ihr Vorsitzender Murat Bozlak, wurden verhaftet.

Die Kreisvorsitzenden der HADEP von Ankara und Siirt erklärten dazu: „Am 12. Februar drangen annähernd 20 Polizisten der Antiterroreinheiten des Polizeipräsidiums Ankara auf sehr brutale Weise in unsere Zentrale ein und begannen mit der Durchsuchung unserer Räumlichkeiten. ... Alle Menschen, die sich in unseren Büroräumen aufhielten, von Parteivertretern und dem Personal bis hin zu Besuchern, wurden in ein Zimmer gedrängt und ihre Personalausweise beschlagnahmt. Auf Drängen unseres Parteivorsitzenden wurde schließlich erklärt, daß seitens des Oberstaatsanwalts des Staatssicherheitsgerichts Ankara ein Haftbefehl gegen alle Funktionäre unserer Partei vorliege, den Vorsitzenden und alle Mitglieder des Exekutivrates eingeschlossen, und daher alle anwesenden Partefunktionäre festzunehmen seien.“

Am 16. Februar berichtete die Agentur Reuter, die Staatsanwaltschaft beschuldigte die Verhafteten des „Separatismus“ und der „Mitgliedschaft in einer separatistischen Organisation“. Als „Beweise“ dienen u.a. ein Kalender mit Informationen über die inhaftierte DEP-Parlamentsabgeordnete und europäische Sacharow-Preisträgerin Leyla Zana, der ein Bild von ihr zeigt und eine Liste über die zahlreichen Morde „unbekannter Täter“ an Mitgliedern und Funktionären der HADEP enthält. Reuters berichtet weiter, daß weitere 50 Partefunktionäre mit einem Betätigungsverbot belegt worden seien.

In Ankara und Istanbul fanden Protestaktionen statt, an denen sich auch Vertreter anderer demokratischer Organisationen beteiligten. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD, Akin Birdal, erklärte: „Leider gibt es keine Regierungsvertreter eines demokratischen Staates, die diese Reaktion entgegennehmen können. Es ist zwingend notwendig, daß diejenigen, die für Frieden, Brüderlichkeit der Völker und die Rechte der Werktätigen eintreten, ihrer Stimme Gehör verschaffen.“ Der Bezirksvorsitzende von Ankara erklärte, daß die Partei weiter für ihre Ziele kämpfen wird. Es sei eine Straftat, über die kurdische Frage und den Frieden zu sprechen – auch wenn Ministerpräsident Yilmaz das Jahr 1998 zum Jahr der „Demokratie“ deklariert habe

rub

Protest gegen die Globalisierung formiert sich – In Genf trafen sich Basisaktivisten und gründeten die:

„Peoples Global Action“

Von Gerhard Klas

Vom 23. bis 25. Februar war Genf Schauspiel einer Konferenz von knapp 400 Repräsentanten von verschiedensten Widerstandsbewegungen aus allen Kontinenten, die von der Infrastruktur der etwa 200 besetzten Häuser der Stadt profitierten.

Internationale Umweltschutzorganisationen wie „Friends of the earth“, Sprecher und Sprecherinnen der Bauern- und Landlosenbewegungen aus Indien, den Philippinen und Brasilien, die zum Teil mehr als 100.000 Menschen zu Protestaktionen mobilisieren, Gewerkschäf ter aus Lateinamerika und Südkorea, Studierende aus Europa und Nordamerika, Vertreter der französischen Erwerbslosenbewegung AC! sowie Aktivisten der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit fanden sich im „Maison de Faubourg“ zusammen, um das Koordinationsbündnis „Peoples Global Action (PGA) – Weltweite Aktion gegen Freihandel und die WTO“ ins Leben zu rufen.

Im Gegensatz zu Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die nach einer jüngst durchgeführten Umfrage mehrheitlich das internationale Regulierungspotential der Weltorganisationen nutzen wollen, um sich für verbindliche soziale und ökologische Klauseln in Freihandelsvereinbarungen einzusetzen, befürwortet PGA eine grundsätzliche Konfrontationshaltung gegenüber der WTO. Die Welthandelsorganisation sei, so ein von PGA verabschiedeter Entwurf eines Manifests, „neben dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und einigen anderen Institutionen eine der Agenturen, die neue Strategien zur Globalisierung des Kapitals entwickeln“. „Die Konsequenzen der Globalisierung“, erklärt PGA weiter, „haben verheerende Folgen für die Menschen in allen Ländern: fallende Löhne, Erwerbs- und Landlosigkeit, Einschnitte in den sozialen Netzen, die maximale Ausbeutung von Erwerbstägigen auf der ganzen Welt, Zerstörung unterprivilegierter Kommunen und Nationalstaaten und die Verschmutzung der Umwelt“. Das neueste

und vielleicht bedeutendste Phänomen der Globalisierung seien die Handelsabkommen, die als Schlüsselinstrumente der Liberalisierung anzusehen sind.

„Wir lehnen das Konkurrenzprinzip als Lösungsmodell für die Probleme der Weltbevölkerung ab“, heißt es weiter im Manifestentwurf. Alle Organisationen, die gegen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, informelle Beschäftigungssektoren und Erwerbslosigkeit kämpfen, und Bewegungen, die aus diesen Kämpfen neu hervorgehen, kommen nach Ansicht von PGA nicht umhin zu betonen, daß es keine Lösung der aktuellen Probleme gibt, wenn nicht die kapitalistische Globalisierung in Frage gestellt wird.

Die Konferenz räumte der Diskussion um das Manifest viel Zeit ein. Das war nötig, denn v.a. an der Frage, wie gegen die Institutionen der Globalisierung vorzugehen sei, schieden sich die Geister. Die Vorgabe von „gewaltfreien direkten Aktionen“ als „einzigem Weg“ wollten nicht alle Kongreßbesucher teilen. Nun beinhaltet das Manifest zunächst als Kompromißformulierung, daß PGA „andere Aktionsformen unter bestimmten Umständen nicht verurteilt“.

Natürlich stellten die TeilnehmerInnen auch die Frage nach der gesellschaftlichen Alternative. Auch in diesem Punkt wurde der vor Kongreßbeginn vorliegende Entwurf verändert. Dort wurde die „lokale Ökonomie“ als einziges Heilmittel angepriesen. Im überarbeiteten Entwurf wird nun festgehalten, daß „wir eine vereinte Suche nach vollständig anderen Konzepten und Alternativen zum bestehenden System brauchen“.

Auch das multilaterale Investitionschutzabkommen MAI, das künftig ausländische und inländische Investoren gleichstellen will und in der Organisati-

on für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) zur Zeit verhandelt wird, stand im Kreuzfeuer der Kritik. Den Aussagen des MAI-Verhandlungsleiters Frans Engering nach dem letzten OECD-Ministerratstreffen am 16. und 17. Februar, daß „eine wachsende Übereinstimmung der Verhandlungspartner zu erkennen ist, mit MAI auch die sozialen Belange, partiellen Umweltschutz und Arbeitsbedingungen anzusprechen“, werteten die TeilnehmerInnen der MAI-Arbeitsgruppe des Kongresses als Versuch, die Kritik an MAI zu neutralisieren und die Chancen einer Ratifizierung in den Parlamenten zu verbessern. Widerstand gegen MAI ist vor allem in den USA, Kanada und Finnland weit entwickelt. Deshalb wollen sich diese Länder evtl. einen späteren Beitritt zu MAI vorbehalten, so die Einschätzung von Mitarbeitern der niederländischen Basisorganisation „Corporate Europe Observatory“ (CEO), die seit mehr als einem Jahr zur Verflechtung Transnationaler Konzerne (TNC) mit den Gremien der EU arbeiten. „Es könnte sogar sein“, so CEO weiter, „daß einige Verhandlungspartner die Möglichkeit des Scheiterns von MAI suggerieren“. Kein Grund zur Entwarnung, denn selbst wenn MAI tatsächlich scheitern sollte, erklärt CEO, werden die TNCs ein neues Abkommen unter einem anderen Namen verhandeln.

CEO präsentierte in der Publikation „MAIgalomania!“ neueste Recherchergebnisse. Demnach ist einer der wesentlichen Drahtzieher des MAI die Internationale Handelskammer ICC, der neben einigen nationalen Unternehmerverbänden Konzerne wie Bayer, British Petroleum, Dow Chemical, General Motors, Hyundai, Nestlé, Shell und Toshiba angehören. Der im April 96 veröffentlichte

Report der ICC, „Multilateral Rules for Investment“, lasse keinen Zweifel an der fast vollständigen Übereinstimmung zwischen den MAI-Verhandlungspartnern und der Industrie“, erklärt CEO. Die vorgeschlagenen Regeln für ein Investitionsschutzabkommen sind identisch mit dem ersten MAI-Entwurf, der 9 Monate später an die Öffentlichkeit gelangte.

Die ICC war von Beginn an den Verhandlungen zu MAI beteiligt, denn sie sitzt im Wirtschafts- und Industrie Aufsichtskonsil (BIAC) der OECD. Gemäß dem jüngsten Entwurf des MAI-Vertrags soll das Schiedsgericht der ICC eine wesentliche Rolle im Streitschlichtungsverfahren des MAI-Abkommens erhalten. ICC soll einen Kriterienkatalog erstellen, der detaillierte Bestimmungen enthält, in welchen Fällen Investoren nationale Regierungen verklagen können. Der amtierende Präsident der ICC, Nestlé-Chef Helmut Maucher, ist zeitgleich Vorsitzender der Europarunde der Industrie (ERT), die beste Kontakte zur Europäischen Kommission unterhält. Die ICC war außerdem beim G-7-Gipfel in Denver 1997 mit von der Partie und warb dort bei den Regierungschefs der sieben reichsten Industrienationen für MAI. Auch Gewerkschaftsvertreter haben ein Aufsichtskonsil (TUAC) in der OECD, das allerdings nur einen beratenden Status hat. Kritische GewerkschafterInnen der jüngst fusionierten Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie beschweren sich in einem Erklärungsentwurf an den DGB, der Vertreter in die TUAC entsendet, darüber, „daß ihr euch hinter unserem Rücken, aber in unseren Namen schon seit geraumer Zeit an der Entwicklung des MAI beteiligt“. Statt sich gegen MAI zu stellen, würde der DGB mit seinem „Ringen um Präambeln, Anhängen und Klauseln von geringer Verbindlichkeit und strategischer Bedeutung ein Feigenblatt für dieses internationale kapitalistische Manifest“ abgeben. Die kritischen GewerkschafterInnen fordern den DGB auf, zukünftig die Meinung der Basis einzuhören oder aufzuhören „in unserem Namen zu sprechen“.

Obwohl die kritischen GewerkschafterInnen mit ihrem Ansatz gut bei PGA aufgehoben gewesen wären, waren aus Europa keine Vertreter bei der Konferenz in Genf anwesend. PGA will es nicht bei einem Manifest belassen, sondern plant konkrete Aktionen gegen den Freihandel. Zunächst sollen eine Demonstration in Genf und dezentrale Aktionen auf der ganzen Welt zu den 50jährigen Jubiläumsfeierlichkeiten des multilateralen Handelssystems (GATT/WTO) vom 18.-20.5. stattfinden. Auftakt bildet eine Fahrradtour, die am 4.5. in Frankfurt beginnt und am 16.5. in Genf ankommt. Proteste vor TNC-Niederlassungen, Büros von MAI- und WTO-Verhandlungsteilnehmern und den Börsen von Frankfurt, Paris und London sind geplant. Gerhard Klas ist Redakteur der „Sozialistischen Zeitung (SOZ)“



Protestaktion gegen BAYER-Konzern in Taiwan. Mehrere tausend Menschen beteiligten sich vor kurzem an dieser Protestaktion gegen den Bayer-Konzern in Taiwan wegen eines umstrittenen Pachtvertrags mit dem deutschen Chemiekonzern. Bayer will in Taiwan eine Fabrik errichten, die bei der Bevölkerung die Befürchtung weckt, daß giftige Stoffe in die Umwelt abgegeben werden. (hav, Bild: „Neues Deutschland“)



Rund 1.600 Menschen haben am Wochenende in New York für ein Ende der UN-Sanktionen gegen den Irak demonstriert. Sie zogen am Samstag vom Times Square zum Sitz der Vereinten Nationen und forderten den Verzicht auf den Einsatz militärischer Gewalt. Die New York Times von Wochenende berichtet auch über einen neuen Sabotageplan gegen den irakischen Präsidenten. Mit Hilfe von kurdischen und schiitischen Agenten sollen Anschläge auf wichtige Versorgungseinrichtungen im Irak ausgeführt werden. Gleichzeitig wird durch die Schaffung eines neuen Senders „Freier Irak“ die Propagandamaschine losgetreten.

Venezuela: Konkurrenz für Irene

(Mexiko-Stadt, 24. Februar, Poonal). – In Venezuela macht ein Ex-Militär und gescheiterter Putschist als Präsidentschaftskandidat von sich reden. Es handelt sich um Hugo Chávez, der 1992 Jahren zusammen mit anderen links-nationalistisch eingestellten Militärs einen Staatsstreich versuchte. Vor fünf Monaten bekannten sich noch weniger als fünf Prozent der WählerInnen zu ihm. Inzwischen ist er bei 11,5 Prozent angelangt.

Die in den Meinungsumfragen lange Zeit unangefochtene ehemalige Miss Universum Irene Saéz – politisch eher rechts stehend – ist dagegen von 33 Prozent auf 15 Prozent zurückgefallen. Politische BeobachterInnen gehen davon aus, daß Chávez Popularität bis zu den Wahlen im Dezember dieses Jahres noch einen Sprung machen wird. Er könne auf die Stimmen von Campesinos, der BewohnerInnen der städtischen Armentviertel, der Mitglieder der extremen Linken und der Unzufriedenen mit der aktuellen Regierung rechnen. Dies reiche für ein Ergebnis von über 33 Prozent und möglicherweise den Wahlgewinn aus.

Bosnische Bergarbeiter gegen Privatisierung

(In) – Die Bergarbeiter von Tuzla und ihre Familien wurden durch ihren langjährigen Widerstand gegen Nationalismus und ethnische Teilung berühmt. Jetzt

droht ein neuer Angriff: Politiker und „Finanzfachleute“ wollen die in Gemeineigentum befindlichen Kohlengruben und Industrien privatisieren. Angeichts der Erfahrungen in anderen europäischen Ländern haben die Bergleute größte Bedenken: „Dies wird nur Erwerbslosigkeit und den Anteil von Gelegenheitsjobs steigern, was heute ein weltweites Problem ist“, schreiben sie in einem Aufruf. „Und zu einem sorgfältigeren Umgang mit Naturressourcen wird es auch nicht führen.“

Da sie nicht glauben, die Privatisierungspläne alleine stoppen zu können, laden sie zu einer Internationalen Arbeiterkonferenz gegen Privatisierung, Gelegenheitsarbeit und Erwerbslosigkeit nach Tuzla (Bosnien) am 14. und 15. März ein, „um gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu suchen“.

Kontakt: Autonome Bergarbeitergewerkschaft/Samostalni sindikat radnika rudnika uglja Bosne i Hercegovine, Republicki odbor, 75000 Tuzla, Mije Kerosevica Guje 1, Bosnien-Herzegovina; Telefon: 00387-75 28 21 11 Anschluß 542; Fax: 00387-75 28 34 12; <http://www.gn.apc.org/labournet/1998/Jan/tuzla.html>. (Quelle: INPRE-KORR)

Tudjman und der Traum von Großkroatien: Parteitag der HDZ

Der IV. Parteitag der regierenden Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) war von massiven Protesten begleitet. Am Vorabend des Kongresses,

erstmalig seit der Unabhängigkeit Kroatiens, demonstrierten mehr als 60.000 Arbeiter, Arbeitslose und Rentner gegen die sich ständig verschlechternde sozialen Lage.

In seiner Rede forderte Tudjman eine Revision des Dayton Vertrages in Richtung einer aus drei Völkern bestehenden Konföderation Bosnien-Herzegowina. Der Bildung der muslimisch-kroatischen Föderation habe er nur zugestimmt, weil diese eng an Kroatien gebunden werden sollte. Erstmals gab er auch zu, daß Kroatien die Bildung der Kroatischen Republik Herzeg-Bosna unterstützt habe.

Unter frenetischem Beifall bezeichnete Tudjman die gegenwärtigen Grenzen Kroatiens als ungerecht und machte dafür die Kommunisten und Antifaschisten verantwortlich. Er kritisierte, daß nach dem Zweiten Weltkrieg Bosnien und Herzegowina nicht in die Republik Kroatien eingegliedert, die Vojvodina an Serbien gegeben wurde und für Kroatien ungünstige Grenzen im Gebiet von Srem und der Bucht von Kotor akzeptiert wurden. Auch die faktische Teilung Kroatiens bei Neum an der Adria hätte nach seiner Meinung nicht hingenommen werden dürfen. Unter diesem Gesichtspunkt wird noch klarer, daß die Vertreibung der Serben aus Ostslawonien sowie die Streichung der Muslime als nationale Minderheit aus der kroatischen Verfassung eine gezielte Politik im Sinne eines ethnisch reinen Kroatiens ist.

Frankreich: Jospin kündigt verbesserte Sozialleistungen an

Zwei Monate nach Beginn der Arbeitslosenproteste in Frankreich hat Premierminister Lionel Jospin zusätzliche Verbesserungen der Sozialleistungen angekündigt. Wie er am Donnerstag abend in einem Fernsehinterview sagte, wird die Solidaritätsbeihilfe für Langzeitarbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr haben, in diesem Jahr um insgesamt acht Prozent erhöht. Im Dezember hatte er eine Heraufsetzung von nur zwei Prozent versprochen.

Die Sozialhilfe soll ab 1999 an die Lebenshaltungskosten angekoppelt werden. Als Anreiz zur Arbeitssuche versprach Jospin zudem, daß die Solidaritätsbeihilfe und die Sozialhilfe (RMI) ein Jahr lang weitergezahlt wird, nachdem der Bezieher eine Stelle gefunden hat. Voraussetzung ist, daß Lohn und Sozialhilfe zusammen nicht mehr als das gesetzlich garantierte Mindestgehalt ausmachen. Das RMI wird Einkommenslosen ab 25 Jahren bezahlt, wenn sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Für mittellose junge Leute unter dieser Altersgrenze kündigte der Premierminister zur sozialen Eingliederung und Hilfe bei der Stellensuche ein Maßnahmenpaket mit einem Volumen von 700 Millionen Franc (knapp 210 Millionen Mark) an.

(Zusammenstellung: hav)



KÖLN./FREIBURG. 90 Kurden befinden sich in Köln im Kirchenasyl. Vier weitere Kirchengemeinden haben sich den Aktionen angeschlossen. Insgesamt gewähren acht evangelische Kir-

chengemeinden Asyl. NRW-Innenminister Kniola (SPD) hat ein Gesprächsangebot der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ abgelehnt. Das Kirchenasyl in Freiburg verlief erfolgreich. Die Katholische Hochschulgemeinde (KHG)

teilte mit, daß die Haftbefehle gegen das angolische Geschwisterpaar aufgehoben worden sind. Seit Juni 1997 hatte die Hochschulgemeinde Asyl gewährt. jöd

Weitere Proteste der Studierenden Stachel-Kaktus für die KMK in Bonn

Bonn. Während in Bonn der Festakt zum 50jährigen Bestehen der Kultusministerkonferenz (KMK) stattfand, führten Studierende in 20 Universitätsstädten Denkmalverhüllungen durch. In Augsburg z.B. wurde das Fuggerdenkmal mit dem Transparent „Ohne Bildung keine Kultur“ eingewickelt, in Würzburg waren gleich mehrere bekannte Denkmäler dran. In Passau forderte der GEW-Landesvorsitzende auf einer Kundgebung „100.000 zusätzliche Studienplätze“, und in Regensburg prangerten die Studierenden die nebenan in der Nibelungenhalle versammelte CSU an. Beim KMK-Festakt in Bonn übergab die GEW statt Lorbeer einen Kaktus: „Wir gratulieren im Namen von 50.000 Straßenkindern, 250.000 'Sitznbleibern', 76.000 Jugendlichen ohne Schulabschluß und 523.000 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren“, heißt es auf der Geburtstagskarte. 20.000 arbeitslose Lehrer bundesweit, 127.000 „abgebaute“ Lehrkräfte in Ostdeutschland, 1,8 Millionen Studenten auf 900.000 Studienplätzen sowie 800.000 „akademische Tagelöhner“ in der Weiterbildung hätten ebenfalls keinen Grund zum Feiern. baf

Demonstration gegen die Lagerung von US-Minen in Europa

Frankfurt/Main. Ban all mines („Verbannt alle Minen“) und No exception for the US („Keine Ausnahme für die USA“) waren Transparente, die rund 60 Demonstranten am 20. Februar vor dem amerikanischen Stützpunkt in Frankfurt aufstellten. Sie kritisierten, daß die Lagerung amerikanischer Minen in Deutschland, Spanien, Italien und anderen europäischen Ländern ein „flagrante Verstoß“ gegen das im kanadischen Ottawa geschlossene internationale Anti-Minen-Abkommen sei. Bei der in Frankfurt

stattfindenden Tagung der ICBL – Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen – wurde die weitere Öffentlichkeitsarbeit diskutiert und über die Verwendung des Nobelpreisgeldes beraten, das die Kampagne zusammen mit der Amerikanerin Jody Williams im Dezember erhalten hatte. AFP 21./22.2.

„Gewaltige Watsch`n für die CSU“

München. Die CSU im Bayerischen Landtag hat 1996 bei der Beratung des verschärften Abtreibungsrechts die Rechte der SPD-Abgeordneten in verfassungswidriger Weise eingeschränkt. So urteilte der Bayerische Verfassungsgerichtshof am 17. Februar. Die SPD hatte die Verfassungsklage eingereicht, nachdem die CSU im sozialpolitischen Ausschuß des Landtags eine Redezeitbegrenzung von zehn Minuten und die Einschränkung der Rednerliste auf einen Sprecher je Fraktion durchsetzte. Bei einem der beiden Gesetze für den bayerischen Sonderweg zum § 218 verhinderte die CSU sogar eine Detailberatung. Das Gericht rügte all dies als verfassungswidrigen Eingriff in die Rechte der Abgeordneten. Die Grünen ordneten das Urteil als „gewaltigen Watsch`n für die CSU“ ein. Die SPD begrüßte den überraschenden Beschluß als wichtige Grundsatzentscheidung für die parlamentarische Arbeit. Die CSU reagierte unbeeindruckt, die gerügten Beschränkungen seien schließlich nur „eine Reaktion auf die rücksichtslose Verzögerungstaktik der Opposition“ gewesen. Die Gültigkeit der beiden Abtreibungsgesetze bleibt von der Gerichtsentscheidung unberührt. Die Grünen fordern trotzdem die CSU auf, ihre Gesetze zurückzunehmen. baf

„Schwestern, vergeßt uns nicht! ...“ Eine Ausstellung in Schweinfurt

Schweinfurt. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gegen das Vergessen – Frau-

en als Opfer des Nationalsozialismus“ wurde am 9. Februar die Ausstellung „Schwestern, vergeßt uns nicht! – Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück – Frauen im Konzentrationslager“ eröffnet. Bei der äußerst gut besuchten Veranstaltung betonte die Leiterin der Volkshochschule Schweinfurt, Frau Sünkel-Minkus die Wichtigkeit solcher Ausstellungen gerade in der heutigen Zeit. Hier sei auch eine Institution wie die Volkshochschule verpflichtet, Stellung zu beziehen gegen rassistische und antisemitische Tendenzen. Frau Martina Meisch, Organisatorin der Veranstaltungsreihe, drückte ihre Freude über die vielen anwesenden Gäste aus mitveranstaltenden Gruppen und Organisationen aus. Als Vertreterin der BA „Solidarität statt Rassismus“ sagte sie, daß gerade in einer Zeit des „Verdrängens, Vergessens und Verleugnens“ diesen Entwicklungen entgegengewirkt werden müsse. Sinn der Veranstaltungsreihe sei, das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte in Erinnerung zu halten, den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken, und den Überlebenden die Stimme einzuräumen, die ihnen gebührt. Als eine der Überlebenden sprach Frau Gertrud Müller. Frau Müller war selbst im Frauen-KZ Ravensbrück inhaftiert und ist heute Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück. Ihre Rede und die Art ihres Vortrags waren tief beeindruckend. Umrahmt wurden die Veranstaltung durch liebevoll ausgewählte klassische Gitarrenstücke vorgetragen von Heiko Pfister. Den Abschluß bildet der Vortrag des Gedichts „Mahnur der toten Frauen von Ravensbrück“, durch die Leiterin der Volkshochschule. anb

Bürgerliste mit Bündnis 90/ Die Grünen und DKP

ESSEN. Bei den letzten Kommunalwahlen in Essen kandidierte die Bürgerliste Nord als Bündnis von Mitgliedern aus Initiativen, B. 90/Die Grünen und DKP zu zwei Bezirksvertretungen. Im Bezirk V erreichte sie ein Mandat, im Bezirk VI verfehlte sie den Einzug in die Bezirksvertretung. Damit schnitt die Bürgerliste schlechter ab, als vorher die Grünen allein. Sie macht aber doch recht rege Politik, auch mit Hilfe der DKP, die im Bezirk V früher selbst in der Bezirksvertretung war. Jetzt haben alle Beteiligten beschlossen, die Zusammenarbeit fortzuführen. Bei der nächsten Kommunalwahl soll die Bürgerliste Nord als Listenverbindung mit B. 90/Die Grünen antreten. Die Mitgliederversammlung der Grünen am 18.2.1998 billigte eine entsprechende Vereinbarung, die das Ergebnis eines Gesprächs von Vertretern der Bürgerliste, der Grünen und der DKP vom 19.12.1997 wiedergibt. Die DKP hatte bereits vorher zugestimmt. Daß die Grünen und die DKP die Bürgerliste Nord unterstützen, soll auch in einem einheitlichen Logo für Veröffentlichungen deutlich gemacht werden. wof

Agenda 21

Wohnumfeld armer Menschen wird maßlos verdichtet

LEVERKUSEN. Zur Zeit sind in vielen Städten Bemühungen für eine lokale Agenda 21 im Gang, so auch in Köln. Dabei geht es um die Beteiligung der Menschen an einem lokalen Prozeß mit dem eine zukunftsähnliche und nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden soll. Dabei gelten diese Begriffe „zukunftsähnlich“ und „nachhaltig“ von grün bis schwarz als allgemein anerkannte Ziele. Wir wollen hier nun beispielhaft deutlich machen, wie hier Ziele verfolgt werden, die sich gegen ein halbwegs erträgliches Leben in der Stadt richten und dort v.a. gegen die lohnabhängige Bevölkerung.

Die Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Bundestages hat kürzlich ihren Zwischenbericht vorgelegt. Darin hat sie zum Schwerpunkt für eine Agenda 21 das Thema „Wohnen“ gemacht.

Das Enquête-Mitglied Henning Friege hat kürzlich in einem Artikel einer Fachzeitschrift (1) deutlich gemacht, was die Ziele dabei sind. Friege ist gleichzeitig Umweltdezernent der Stadt Düsseldorf und gilt in grünen Kreisen als unumstrittene Fachautorität.

Friege stellt zunächst unter Berufung auf das Statistische Bundesamt fest, daß bei Fortschreiten des gegenwärtigen Flächenverbrauchs in der BRD dieselbe bis in 80 Jahren überbaut sein werde. Darauf will die Kommission eine Entkopplung von Flächenwachstum und Wirtschaftswachstum erreichen und die Umwandlung unbebauter Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen auf etwa 10% der Umwandlungsrate vom Beginn der 90er Jahre bis zum Jahr 2010 reduzieren.

Friege und die Kommission stellen hier nicht das weitere Wirtschaftswachstum in Frage. Das ist für sie kein Thema. Und das ist m.E. der erste zu kritisierende Punkt an ihrem Ansatz.

Das Ziel heißt „Wohnungsbau durch Nachverdichtung bzw. Nutzung von Industriebrachen (Flächenrecycling)“. Solch eine Konzeption hält Friege für „nachhaltig zukunftsverträglich“. Der Ansatz hat eine gewisse Berechtigung, wenn man bedenkt, in welchen Gärten und Biotopen die Reichen wohnen. So ist es aber bei Friege nicht gemeint. Denn er sieht solche „Nachverdichtungspotentiale“ nur in „Gebieten mit einem einheitlichen Eigentümer, z.B. Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaft“. Also da, wo heute Kleinkinder sich austoben können, sollen zusätzliche Wohnblocks geschaffen werden. Friege kritisiert, daß die Geschoßflächendichte bei den in 1995 gebauten Wohnungen (verbrauchte Fläche



Protestmarsch der Bürgerinitiative „Bullenwiese Hornpottweg“

bundesweit 6622 ha) nur bei 0,4 lag, obwohl ein Wert von 1,2 zulässig wäre und rechnet vor, daß der Flächenverbrauch nur 4332 ha betragen hätte, hätte die Geschoßflächendichte 0,6 betragen. Damit solche Flächen auch bebaut werden, sollen die Eigentümer steuerlich bestraft werden, wenn sie nicht bauen. Dazu soll die Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer umgewandelt werden mit dem Ziel, daß die Steuer umso geringer ist, je verdichteter auf einer innerstädtischen Freifläche gebaut wird.

Mit dieser Maßnahme verspricht er sich zugleich, daß jahrzehntelange Nichtsanierung von mit Schadstoffen belasteten Grundstücken nun endlich wenigstens ein bißchen saniert werden. Denn jetzt, so seine Hoffnung, wird sich ein Investor finden, der die Kosten für die Sanierung gegen den Gewinn gegenrechnen wird. Und dieser Gewinn wird umso höher sein, je uneingeschränkter er seine Baukonzeption durchsetzen kann. So findet damit auch das Problem der Altlastensanierung in Kürze seine marktwirtschaftliche Lösung. Damit entsteht auch hier ein Modell einer Deregulierung. Ob unter solchen Bedingungen gesunder Wohnraum geschaffen werden kann, ist zumindest fraglich. Denn marktwirtschaftliche Sanierung ist eine Sanierung, die sich nicht an gesetzlichen Vorgaben orientiert, sondern am Willen des Investors. Die beteiligten Behörden werden zu Erfüllungsgehilfen des Investors. Sie verschaffen den betreffenden Grundstücken das Gütesiegel „saniert“ und werden im Zusammenspiel mit den Gesundheitsämtern evtl. auftretende Krankheiten als unerklärlich abtun.

Es ist von Interesse, diese mehr theoretischen Überlegungen mit der Wirklichkeit zu konfrontieren. Hierfür bietet seit kurzem Leverkusen ein Anschauungsbeispiel. Die Stadt verfügt über ca. 68 Hektar ungenutzte Gewerbegebiete, so z.B. das ehemalige Wuppermann-Gelände. Das freilich ist eine einzige Altlast.

Bisher versucht die Stadt vergebens einen Investor dafür zu finden, der sich dort ansiedeln möchte. Ob aus dem geplanten Innovationspark jemals was wird, ist fraglich. Also saniert sie auf eigene Rechnung und auf Rechnung des Landes. Gleichzeitig will sie nun die „Bullenwiese Hornpottweg“, am Stadtrand von Leverkusen-Schlebusch gelegen und fast komplett Landschaftsschutzgebiet, in Gewerbegebiet verwandeln. Das Areal hat eine Fläche von knapp 40 Hektar. Also wäre diese Fläche nicht nötig, da es genügend Freiflächen an anderen Stellen in der Stadt gibt. Man fragt sich ernsthaft, wieso eine Gewerbeansiedlung auf einer grünen Wiese nötig ist. Für den Bau- und Plaungsdezernenten der Stadt, Krajewski, ist die Sache ganz einfach: Es wird zusätzliche Gewerbefläche zu den bereits vorhandenen 68 Hektar Freifläche benötigt. Einen Beweis ist er dafür schuldig geblieben. Es erscheint wahrscheinlicher, daß die bereits vorhandenen Flächen wie v.a. das erwähnte Wuppermann-Gelände zu erheblichen Teilen unverkäuflich sind (vermutlich weil die potentiellen Investoren der Qualität der Sanierung nicht trauen) oder aber eines Tages für Wohnungsbau genutzt werden sollen. Für eine solche Konzeption sprechen Beispiele aus Bayern, wo unter dem Vorwand des „Ökologischen Wohnungsbau“ sehr verdichtet gebaut wird und dies v.a. auf ehemaligen militärischen Liegenschaften und Industriebrachen, also auf ehemaligen Altlasten!

An diesem konkreten Beispiel wird natürlich deutlich, wie sehr die Gegnerschaft zu hoch verdichtetem Bauen in den Städten leicht als Votum für die Umwandlung von Landschaftsschutzgebieten etc. in Bauland verstanden werden kann. Das kann sicherlich auch nicht immer ausgeschlossen werden.

b.
(1) Henning Friege: Reduzierung des Flächenverbrauchs muß politische Priorität erhalten! In: TerraTech, Zeitschrift für Altlasten und Bodenschutz 1/98

Sozialpolitische Opposition Hamburg

HAMBURG. Mitte Februar trat die „Sozialpolitische Opposition“ an die Öffentlichkeit: Auf einer Pressekonferenz bilanzierte sie 100 Tage rote-grüne Koalition in Hamburg.

Die Kritik reichte von der Verschärfung der Abschiebungspolitik bis zur Streichung von gut 100 DM monatlich für Alleinerziehende (siehe Plakat – es handelt sich um die Persiflage einer Plakatserie, mit der die Polizei derzeit massiv in die Öffentlichkeit geht), sie richtete sich gegen Billiglohnstellen für Jugendliche unter 25 Jahren ebenso wie gegen eine Verschlechterung der Drogenpolitik.

Mit verschiedenen Themenschwerpunkten will das außerparlamentarische Bündnis in den nächsten Wochen in die öffentliche Debatte eingreifen. Wir dokumentieren die Plattform, der sich inzwischen 80 Initiativen angeschlossen haben.

scc

Plattform

Das Bündnis „Sozialpolitische Opposition“ ist ein Zusammenschluß von Hamburger Initiativen aus verschiedenen sozialen Bereichen. Wir wollen

- daß die soziale Spaltung der Stadt in immer ärmeren Menschen und Quartiere, denen immer reichere gegenüberstehen, nicht geräuschlos vorangetrieben werden kann;
- daß der Unmoral neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse gesellschaftliche Umverteilung, Solidarität und die Achtung der Menschenwürde entgegengesetzt werden;
- uns zur Wehr setzen gegen die vielen kleinen und großen Angriffe auf die Existenzgrundlage all der Menschen, an denen kein wirtschaftliches „Verwertungsinteresse“ besteht. Und zwar mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und gemeinsam mit Initiativen und Betroffenen.
- daß in Hamburg die Sozialpolitik endlich an den Menschen und der Vernunft ausgerichtet wird!

Die Auswirkungen des erfolgreich geführten Klassenkampfes von oben erfahren wir alle täglich in den unterschiedlichen Bereichen. An diesem öffentlichen

Jetzt läßt der Senat mal so richtig die Sau raus:

Er streicht alleinerziehenden Müttern in Zukunft 107,80 Mark monatlich



Eine Senatorin streicht vor – Elf streichen mit

Wer nichts tut, macht mit.

Deshalb:
Sozialpolitische Opposition Hamburg

Aufruf beteiligen sich KollegInnen aus der Kinder- und Jugendarbeit, Drogenhilfeeinrichtungen, Beschäftigungsprojekte, Initiativen aus dem Flüchtlingsbereich, Mädchenprojekte, Stadtteilinitiativen, KollegInnen mit dem Schwerpunkt Wohnen, Stadtteilkulturschaffende u.v.m.

Es wird Zeit, daß sich etwas ändert:

Noch nie ist dieses Land so reich gewesen wie heute, noch niemals zuvor gab es in Hamburg so viele Millionäre. Aber dabei stimmt was nicht: Gleichzeitig geht es immer mehr Leuten immer schlechter. Immer mehr Sozialhilfeempfänger, immer mehr Arbeitslose, immer mehr Menschen, die von dem bißchen Kohle ihre stets steigende Miete kaum noch bezahlen können. Immer mehr Menschen, für die die Oberen dieser Gesellschaft meinen, keine „Verwendung“ mehr zu haben.

Die Schere zwischen armen und reichen Leuten, zwischen armen und reichen Stadtteilen geht immer weiter aus einander. Villenviertel wie Nienstedten stehen mit einem durchschnittlichen zu versteuernden (!) Jahres-Einkommen von ca. DM 180.000,- den ärmeren Teilen der Stadt wie Dulsberg mit nur DM 40.000,- gegenüber! Die Besitzenden werden immer reicher – und immer fre-

cher. Ungeniert fordern sie z.B. Steuererleichterungen, obwohl sie sowieso schon die niedrigsten Steuern zahlen. Aber sie haben in der politischen Klasse ihre beste Lobby.

Arbeitgeberverbände und konservative Bundesregierung haben in den letzten Jahren ihre Glaubensbekenntnisse erfolgreich gesellschaftlich verankert. Es ist nicht nur common sense, sondern auch „in“, alle gesellschaftlichen und sozialen Prozesse der Verwertungslogik zu unterwerfen. Der Mensch mutierte ausschließlich zum Kostenfaktor. Die ideologische Wende nach dem Motto „jeder ist seines Glückes Schmied“ vermittelt in aller Deutlichkeit: Wer infolge des rasanten rationalisierungsbedingten Personalabbau in den Betrieben ökonomisch nicht (mehr) benötigt wird, hat für sich selbst zu sorgen. Fazit: Wer arm ist, hat selbst Schuld und soll die Gemeinschaft nicht belasten. Staatliche Verantwortung und gesellschaftliche Solidarität sind zunehmend weniger die Antwort auf wachsende Armut und soziale Ausgrenzung.

Es ist dringend geboten, diesem verblödeten „Mainstream“ in der politischen und öffentlichen Debatte Einhalt zu gebieten. Die Auseinandersetzung um die Verteilung des Reichtums dieser Gesellschaft muß wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Was wir zu einer Änderung von Gesellschaft und Politik beitragen können, werden wir tun. Wir werden dies in Hamburg tun, weil wir hier leben und weil es hier nötig ist.

Zeitgemäß, problemorientiert und sachgerecht fordern wir:

Gesellschaftliche Solidarität, staatliche Verantwortung und soziale Umverteilung!

Wir wollen, daß Ihr mitmacht!

AK Wohnraumversorgung, Hinz und Kunzt, Autonom Leben, LAG Erwerbsprojekte des Diakonischen Werkes, Fluchtpunkt, Dolle Deerns e.V., GATE GmbH, Planungsbüro Gesundheitszentrum Hafenkrankenhaus, Jugendhilfe Ottensen e.V., Flüchtlingsrat, Jugendberatungszentrum Apostelkirche, Hamburger Arbeitskreis Asyl, Verein für Soziale Arbeit und Forschung HH e.V., Gemeinsensarbeit St.Pauli Süd, Ein Stadtteil steht auf, Verband Hamburger Kinder- und Jugendarbeit, Sozial & Alternativ - Alt. Wohlfahrtsverband, Koordination Wandsbeker Beschäftigungsprojekte, HUDE e.V., Wohnräume, Jungerwachsenen-Treff Steilshoop, Soziale Beratungsstelle Ohlsdorf und Repsoldstr., DIDF

Stoppt Kita 2000!

STUTTGART. Die Initiative „Bildung verleiht Flügel“ führte einen Informationsstand vor dem Landtag in Stuttgart durch.

Diesmal war der Schwerpunkt die Aussetzung der Kindergartenrichtlinien und die geplante Änderung der Personalkostenzuschüsse des Landes an die Kommune.

Bisher werden die Personalkostenzuschüsse an dem tatsächlich tätigem Fachpersonal berechnet, was zur Folge hat, daß auch wirklich Fachpersonal eingestellt wird. Jetzt soll sich das ändern: Geplant ist, daß der Personalkostenzuschuß sich nach den zu versorgenden Kindern berechnet, was heißen würde, die Kommune kann sparen, wenn sie soviel Kinder wie möglich in eine Gruppe steckt. Das Fachpersonal wird nicht mehr beabschlußt, ist also ein weiterer Sparfaktor! Die Aussetzung der Kindergarten-Richtlinien hat dem schon vor Jahren den Weg bereitet, jetzt wird die Sache konkret in den Kommunen umgesetzt.

Die SPD hat in einer Großen Anfrage an den Landtag nun die Frage nach der Qualität gestellt, unter anderem will sie wissen, ob sich Veränderungen auf Grund der Aussetzung der Richtlinien ergaben, wie die Entwicklung des Fachperso-

nals ist und wie die Landesregierung bei der Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz weitervorgehen will. Die Antwort wird Ende März erwartet.

Hoffentlich wird der Weg in die KITA 2000 gestoppt: Dort muß das Personal entlassen werden, es hat sowieso keinen Platz mehr.

unb

Gegen sozialen Kahlschlag

„Politiker läßt das Kürzen sein – spart den Eurofighter ein!“

Frankfurt. Über 22 Punkte im sozialen Bereich hat der CDU-Bürgermeister von Maintal auf seiner Streichliste. Von der Schwimmbadschließung, über 100%-ige Kita-Gebührenerhöhung bis zur Abschaffung des Tagespflegeprojekts für Kinder, alles sollte der Streichwut des früheren Rechtsanwalts des Arbeitgeberverbands zum Opfer fallen. Dagegen regt sich seit mehreren Monaten ein intensiver Widerstand in der Stadt, der sich im Initiativkreis „Für eine soziale Stadt Maintal“ zusammengeschlossen hat.

Schon bei der Einbringung des Haushaltes im Dezember war man mit mehreren Hundert Bürgern auf die Straße gegangen.



Zur jüngsten Stadtverordneten-Sitzung war man wieder zur Stelle. „Hopp, hopp, hopp Sozialabbau stopp!“ hallte es durch die Straßen des Stadtteils Hochstadt. Mit Transparenten, Schildern und Sprechchören dokumentierten rund 500 Menschen ihren Protest gegen die Streichorgien von Bürgermeister Rohrbach und des CDU-beherrschten Magistrats.

Begonnen hatten die Proteste des

Initiativkreises „Für eine soziale Stadt Maintal“ am Nachmittag des 26.1.98. Dann zogen sie durch Hochstadt, mit schönen Fachwerkhäusern versehenen Ortskern. So ging es denn im großen Bogen zum Bürgerhaus, wo die Haushaltssberatungen des Stadtparlaments stattfanden. Immer mehr Menschen schlossen sich unterwegs der Demonstration an. Viele Anwohner öffneten die Fenster, kamen auf die Straße und sprachen den Protestierenden ihre Sympathie aus. Die Sprechchöre, „Politiker läßt das Kürzen sein – spart den Eurofighter ein“ und „Für den Profit der Reichen will man Soziales streichen“, hielten durch den ganzen Ortskern von Maintals zweitkleinstem Stadtteil und zeigten, daß man auch den großen politischen Zusammenhang in Maintal erkannt hat.

„Unser Schwimmbad bleibt bestehen – eher muß der Rohrbach gehn“, war die eindeutige Warnung an den CDU-Bürgermeister. Immerhin hatte die Initiative „Rettet das Maintalbad“, der die CDU-Fraktionschefin „linksradikale Unterwanderung“ nachsagte, weit über 14000 Unterschriften für den Erhalt des städtischen Schwimmbads gesammelt und die Einleitung eines Bürgerbegehrens vorbereitet.

Die nun schon zweite Demonstration gegen den Sozialabbau endete mit dem Einzug in die Stadtverordneten-Sitzung. Spruchbänder und Schilder sorgten für viele bunte Farbtupfer im sonst so nüchternen Saal. „Für eine soziale Stadt Maintal“ prangte auf einem neun Meter langen Transparent, das die Demonstranten allen Fraktionen vor die Nase hielten. Denn auch SPD und Grüne, die im Parlament eine Einstimmen-Mehrheit haben, wollen – wenn auch in abgemilderter Form – bei sozialen Leistungen kürzen. Bei dieser Sitzung hatte der Initiativkreis Rederecht durchgesetzt. Für ihn sprach der frühere Stadtverordnetenvorsteher und DGB-Kreisvorsitzende Sepp Sigulla, der sich eindeutig für die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger der Stadt einsetzte.

Nachtrag:

Da ein SPD-Abgeordneter wegen Krankheit fehlte, gab es in fast allen Fällen total chaotische Abstimmungen. Da spielte manchmal der Zufall eine Rolle, ob ein Vertreter gerade eine Pinkel- oder Zigarettenpause einlegte.

Dieses Parlament hat sich mit dem Sitzungsmarathon, der sich über zwei Tage und insgesamt über neun Stunden hinzog, einen Bären Dienst erwiesen. Zum Schluß fiel der so chaotisch zusammengeschusterte Haushalt glatt durch. Nur noch die CDU hielt als willenloses Anhängsel ihrem Bürgermeister die Treue. Für den Initiativkreis ist klar, daß man mit den Protesten weitermachen wird. Denn das Ziel bleibt, jeglichen Sozialabbau und alle Gebührenerhöhungen zu verhindern.

klv



Sozialstrukturatlas 1997 bestätigt soziale Polarisierung

Im Innenstadtbereich Berlins wachsen die Armutsgesiede

Die Vorlage des Sozialstrukturatlases 1997 durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat die Debatte um die soziale Lage in Berlin weiter entfacht.

Der Bericht schreibt den Sozialstrukturatlases von 1995 fort. Sein Ziel ist es weniger brandaktuelle Daten zur Verfügung zu stellen, als die Struktur des Sozialraumes darzustellen, Gefälle und Verteilungen. Zu diesem Zweck wurden die Daten amtlicher Statistiken von 1995 für den 97er Atlas ausgewertet und daraus eine Kennziffer errechnet, der Sozialindex, der die Abweichung des einzelnen Bezirkes vom Berliner Durchschnitt kennzeichnet.

Die Anzahl an Arbeitslosen und Sozialhilfempfänger, vorzeitige Sterblichkeit, Lebenserwartung und gemeldete

Tbc-Fälle, Ausländeranteil und der Anteil an Personen von 18 bis 35 Jahren an der Bevölkerung sind von den zwanzig erfaßten Merkmalen diejenigen, die am stärksten ins Gewicht fallen. In Kreuzberg beträgt die Arbeitslosigkeit über 30%, die Zahl der Sozialhilfempfänger ist von 1990 bis 1998 um über 70% auf ca. 27.000 angestiegen, das ist fast jeder sechste Bewohner, die Zahl der meldepflichtigen Krankheiten liegt 28% über den Durchschnitt, und die vorzeitige Sterblichkeit – z.B. durch Leberzirrhose – ist die höchste in Berlin.

Aus dem Atlas ersieht man, daß Kreuzberg, Tiergarten und Wedding die ungünstigsten Sozialstrukturen haben. Nimmt man noch hinzu, daß der schlechte Sozialindex von Neukölln hauptsächlich auf ein relativ kleines Gebiet im Nor-

den des Bezirks um den Herrmannplatz herum zurückzuführen ist, so ergibt sich: Die Stadtgebiete mit den größten sozialen Belastungen bilden einen Ring, der sich im ehemaligen Westteil um die Stadtmitte herumzieht.

Offensichtlich ist die Situation schlimmer geworden seit der Erstellung des Sozialstrukturatlases von 1995. Die Sozialstrukturindizes der drei Bezirke mit ungünstigster sozialer Lage haben sich weiter verschlechtert, diejenigen, die 1995 bereits ganz oben standen, haben sich verbessert. Der Sozialstrukturatlas zeigt Polarisierung an.

Bilden sich in Berlin Slumgebiete heraus? Verwahrlosen ganze Teile der Stadt? Entstehen Armutsgesiede? Die vorab bekanntgewordenen Teilergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Stadtfor- schung und Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit der Stadterneuerungsge- sellschaft S.T.E.R.N. werfen diese Fragen auf. Die im Auftrag des Stadtentwick- lungssenators erstellte Studie sieht zumindest für das Beusselkiez in Tiergar- ten, Soldinger Straße und Sparrplatz in Wedding, SO 36, das nördliche Schöne- berg im Bereich Potsdamer Straße und Kurfürstenstraße eine Entwicklung zu Problemquartieren.

Tatsächlich hat die damit einherge- hende Verwahrlosung der Gebiete, die Schulverhältnisse, die ungeeignet sind, mit dem Problem von Ausländeranteilen in den Klassen von 60% und mehr fertig zu werden, die Auswirkungen von Drogenkonsum und Bandenbildungen zu heftigen Wanderungsbewegungen geführt. Spätestens wenn die Kinder schulpflichtig sind, ziehen zahlreiche Familien weg, in die besseren Bezirke oder ins Umland. „Für jeden weggezogenen Haushalt mit einem höheren Einkommen zieht ein armer Haushalt nach, meistens Aussiedler oder Nicht-Deutsche“. Das Rollbergviertel in Neukölln z.B. bezeichnet Bürgermeister Manegold als umge-

TON

Saalfeld, 14.3., 15 Uhr: „Gegen jeden rechten Konsens“

Die antifaschistische Demonstration in Saalfeld am 14. März (s. letzte Ausgabe) wird inzwischen von über 100 Personen und Organisationen, darunter Antifa, PDS, Ge- werkschaften, Grüne u.a., unterstützt. Trotzdem versucht das Landratsamt erneut, die Demonstration zu schikanieren und zu behindern. Hier Auszüge aus dem Bericht der LAG Antifaschismus/Antirassismus Thüringen über das Gespräch der AnmeldeInnen mit dem Amt am 25. Februar.

Die LAG zeigte sich als eine der anmeldenden Organisationen der Demonstration enttäuscht über das Gespräch mit dem Landratsamt Saalfeld/Rudolfstadt. Wie bei der Vorbereitung des Verbotes der Demonstration am 11.10.1997 werde

Stimmung gegen die Demonstration ge- macht und das Problem des Rechtsex- tremismus und Rassismus bagetellisiert.

Die Auflagen des Landratsamtes, die Demonstration u.a. aus der Innenstadt auf die Landstraße nach Gorndorf zu vertreiben, würden wir auf keinen Fall akzeptieren.

Die LAG wirft dem CDU-MdB Kersten Wetzel, der zur Zeit Unterschriften gegen die antifaschistische Demonstration sammelt, Panikmache und Heuchelei vor. Er stehe offenbar bereits mitten im Wahlkampf und benutze jedes Mittel, um Stimmen zu erheischen.

Anders sei es nicht zu erklären, daß er den BürgerInnen der Stadt Saalfeld erneut einredet, daß Gewalt von der Demonstration gegen rechts drohe, obwohl am 11.10. das Gegenteil bewiesen wurde und auch das Landratsamt und Innenministerium bestätigten, daß es diesbe-

züglich keine Erkenntnisse gebe ... Die Unterschriftensammlung von Wetzel bestätige die Richtigkeit des Demonstrations-Mottos „Gegen jeden rechten Konsens“. Rechter Konsens drücke sich u.a. darin aus, daß

- rechtsextreme Gewalttaten als weniger störend empfunden werden, als der Protest dagegen;

- ausländischen Menschen Rechte und Grundrechte entzogen werden können, ohne daß dagegen nennenswert protestiert wird;

- Opfer rassistischer Gewalt kaum Solidarität in der Gesellschaft, in den Medien oder in der Politik erfahren.

Die LAG weist die Forderung von Herrn Wetzel zurück, die Demonstration müsse repräsentativ sein. Mindestens sein Gedankengut werde in der Demonstration bewußt nicht repräsentiert ... Infos: Tel. 0361-9599813, 0172-3605751.

kippt. Während er die Zahl der Sozialwohnungen in Neukölln direkt reduzieren will, legt sich CDU-Landesgeschäftsführer Liepelt für die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe in belasteten Gebieten ins Zeug. Die gegenteilige Meinung von Finanzsenatorin Fugmann-Heesing sei ein Schlag ins Gesicht der Mieter.

Ich habe den Eindruck, daß die wirklich bedrohliche Situation bei Landesgeschäftsführer Liepelt nur die Phantasie anregt, ein Schnäppchen für vermutete Wahlklienten herauszuholen. Wer wegen seiner schulpflichtigen Kinder wegzieht, wird kaum wegen ein paar Mark Mietersparnis dableiben. Die erschreckende soziale Entmischung in Wohngebieten ist nicht zu verhindern. So billig läßt sich eine tiefe Gesellschaftsspaltung nicht überwinden.

Volker Liepelts Rede im Abgeordnetenhaus zu dem Thema läßt erkennen, daß es ihm darum auch nicht geht: Sozialschmarotzertum von Sozialhilfebezug bis Schwarzarbeit, Lohndumping und Steuerhinterziehung sei der Kampf anzusagen. Das ist der Schulterschluß zu jener Fraktion um Innensenator Schönböhm, die seit langen daran arbeitet, nicht die Armut, sondern die Armen aus-



zumerzen. Gefährliche Orte und Schwerpunktgebiete der Kriminalität werden die sozialen Brennpunktbereiche dazu genannt, Razzien und Dauerpolizeipräsenz veranstaltet.

Für die praktische SPD-Politik dürfte im Augenblick noch die Finanzsenatorin ausschlaggebend sein mit ihrer Ansicht: „Größerer Mitteleinsatz könnte die Probleme der Arbeitslosigkeit in schwierigen Gebieten nicht lösen.“ Einem Aufruf zur Bildung eines Präventionsrates wegen der katastrophalen Situation im Wohnsilo an der Palasstraße sind immerhin rund 120 Menschen gefolgt. Es beteiligen sich Bezirkspolitiker, Polizeivertreter, Leute von der BSR, Mieterbeiräte, Hausverwalter und Anwohner, die in mehreren Arbeitsgruppen Vorschläge erarbeiten wollen. Eine dubiose Mischung, gewiß. Am 28. April soll ein Plenum diskutieren. chk

Quellen: Sozialstrukturatlas 1997; FAZ vom 31. Januar, Tagesspiegel, versch. Ausgaben.

MASSEN-RÜCKTRITTE:

Prenzlau. 69 Kommunalpolitiker des nordbrandenburgischen Landkreises Prenzlau protestieren mit ihrem Rücktritt gegen zu hohe Abgaben. Sie waren Gemeinderäte in der Region Uckermark und wollen durch diese spektakuläre Aktion auf die desolate Finanzausstattung ihrer Dörfer aufmerksam machen. Ganz konkret kritisieren sie die Erhöhung der Kreisumlage, die die Gemeinden für gemeinsame Aufgaben an den Landkreis zahlen müssen. Dies wird auch Thema bei den nun nötigen Neuwahlen sein.

MITWIRKUNGSRECHTE: Kiel/München. In der Verfassung von Schleswig-Holstein ist jetzt das sogenannte Konnektivitätsprinzip verankert. Danach muß das Land den Kommunen die Kosten erstatten, wenn es ihnen Aufgaben überträgt. In der Bayerischen Verfassung wurde folgender Artikel eingefügt: „Die kommunalen Spitzenverbände sollen durch die Staatsregierung rechtzeitig gehört werden, bevor durch Gesetz oder Rechtsverordnung Angelegenheiten geregelt werden, welche die Gemeinden oder die Gemeindeverbände berühren.“

BÜRGERANTRAG: Essen. Einstimmig abgelehnt hat der Ausschuß des Stadtrates für Anregungen und Beschwerden bei seiner letzten Sitzung am 10.2. einen von der PDS initiierten Bürgerantrag. Danach sollte der Rat seine Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse auffordern, sich für gebührenfreie Konten für Sozialhilfeempfänger stark zu machen. Laut Schreiben der Verwaltung an die PDS machte der Ausschuß rechtliche Gründe geltend. Zuvor hatte er eine Stellungnahme des Stadtrates eingeholt, nach der solche Regelungen auch in anderen Städten nicht bekannt sind.

MWST-ERHÖHUNG: München. Bürgermeister Hep Monatzeder hat der Bonner Finanzpolitik vorgeworfen, den bankroten Bundeshaushalt auf Kosten der Städte und Gemeinden sanieren zu wollen. Die Mehrwertsteuererhöhung ab 1. April wird den Münchner Haushalt mit 19 Millionen DM zusätzlich belasten. Zwar fällt die ursprünglich von Bonn vorgesehene Erhöhung des Beitrags zur Rentenversicherung von 20,3 auf 21 Prozent durch die MwSt-Änderung weg, doch hätten diese Mehrausgaben „nur“ 6,675 Mio. DM ergeben. Unter dem Strich bleibt also durch die MwSt-Erhöhung eine jährliche zusätzliche Belastung von 12 Millionen DM.

TELEKOM: Augsburg. Das Referat Sondernutzung bei der Stadt Augsburg sieht mit der Privatisierung von Post und Telekom einen Rattenschwanz von Problemen auf die Kommunen zukommen: Was der Telekom genehmigt wird, müs-

se man Mitbewerbern auch zubilligen. das gelte nicht nur für die öffentlichen Telefone, sondern etwa auch für die Briefkästen auf öffentlichem Grund. In anderen Städten, wie z.B. Köln und München, verlangen bereits Stadtverwaltungen Gebühren bis zu 100 DM für die Telefonhäuschen der Telekom auf städtischem Boden. Die Telekom wehrt sich dagegen heftig und führt an, daß viele Zellen nicht profitabel seien, ja durch solche Gebühren geschlossen werden müßten. Der Bonner Justizstaatssekretär Rainer Funke (FDP) putzt daraufhin die Kommunen runter: „Hier spricht die schlichte Raffgier, verbunden mit wirtschaftlicher Dummheit“. Er prophezeit eine Gesetzesänderung, nach der Telefonzellen kostenlos oder allenfalls gegen Erstattung des Verwaltungsaufwands genehmigt werden müßten.

REP-BÜRO: Schwäbisch Hall. Die damalige Eröffnung eines bis heute betriebenen REP-Büros des Landtagsabgeordneten und Heilbronner REP-Stadtrates Schonath führte in Schwäbisch Hall zu massiven Protestaktionen. Für zwei Mitglieder der VVN Schwäbisch Hall hat dies juristische Folgen. Sie erhielten einen Strafbeehl von 600 DM wegen angeblicher Nötigung (§ 240 StGB). Gegen den Strafbefehl wurde Widerspruch eingelegt, und es wird in diesem Jahr noch zu einem politischen Prozeß kommen. Die VVN Schwäbisch Hall ruft zu einer breiten Solidarität auf.

RATIONALISIERUNG: Bad Saarow. Die Fraktion der PDS im Kreistag des Landkreises Oder-Spree verurteilt die von den Münchner Gesellschaftern des Humaine-Klinikums Bad Saarow beschlossene Entlassung von 94 Mitarbeiterinnen des Krankenhauses aufs schärfste. Die drei Herren der Münchner Humaine hätten bis heute nicht offengelegt, welche Gewinne seit 1991 nach München abgeflossen sind. Die angeblich 16 Millionen Mark Investitionen aus Eigenmitteln seien von der Öffentlichkeit nicht zu prüfen. Außerdem würden sich die Gesellschafter seit Jahren weigern, die jährliche Pacht von 300.000 DM zu zahlen, so daß der Landkreis mehr als zwei Millionen Mark dafür aufbringen mußte. Die Kreisräte erklären: „Es war nach allen Gesetzen dieser Bundesrepublik nicht zu erwarten, daß die private Münchner Humaine-Gesellschaft aus Wohltätigkeit seinerzeit das Bad Saarower Krankenhaus übernommen hat, und es war bereits ersichtlich, daß es hier um große Gewinne für die Gesellschafter geht. Aber gegen den jetzt offenbarten Kurs ist der Widerstand aller – der Mitarbeiterinnen des Krankenhauses, der Patienten, der Bevölkerung der Region, der Kommunal- und auch der Landespolitiker – erforderlich.“

Zusammenstellung: baf



„Mozart mußte zehn Minuten warten“, überschrieb die „Stuttgarter Zeitung“ ihren Bericht über die Warnstreikaktion von Bühnenarbeitern im Stuttgarter Großen Haus am Samstagabend, 28. Februar. Zunächst hätten Teile des Publikums heftig gebuhrt, dann aber gab es doch starken Beifall, als der Geschäftsführer der Stuttgarter ÖTV die Tarifforderungen vorbrachte.

Am Montag und Dienstag, 2. und 3. März, führte die ÖTV dann in vielen Städten Warnstreikaktionen im öffentlichen Nahverkehr und verschiedenen Verwaltungen durch (Bild unten: Stuttgart), um Druck auf Innenminister Kanther auszuüben. Vor Beginn der Verhandlungen beharrte Kanther darauf, erst müsse die ÖTV verschiedenen Kürzungen zustimmen, bevor er ein Angebot mache.



ÖTV BERLIN: UNZUFRIEDENHEIT MIT DER VERHANDLUNGSFÜHRUNG.

Auf einer mit rund 200 Teilnehmern gut besuchten Funktionsversammlung zur Vorbereitung der Warnstreiks am 2. und 3. März in Berlin wurde die nachstehende Resolution an den gHV und die Große Tarifkommission einstimmig beschlossen.

har

„Resolution der Funktionsversammlung am 26.2. 1998: Die Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV in Berlin begleiten mit großer Skepsis und Unwillen den bisherigen Verhandlungsverlauf der diesjährigen Tarifrunde. Ausgehend von der Beschlusslage der Großen Tarifkommission vom 18. Dezember 1997 mit unseren Schwerpunktfordernungen

zur Tarifrunde 1997/98: Einkommenssicherung durch Preisausgleich • Beschäftigungssicherung • Weitere Tarifangleichung Ost an das Westniveau im Gesamtvolume von 4,5% fordern wir unsere Verhandlungsführung eindringlich auf, diese Forderungen als Grundlage der Verhandlungen am 3./4. März 1998 gegenüber den Arbeitgebern aus Bund, Ländern und Gemeinden konsequent und ohne Abstriche zu verhandeln. Gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern ist eindeutig zu erklären, daß mit uns eine tarifliche Veränderung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Eingriffe in die Zusatzversorgung nicht verhandelbar sind. Sollten die Arbeitgeber weiterhin kein ver-

handlungsfähiges Angebot unterbreiten und an ihren bisherigen Forderungen festhalten, sind die Verhandlungen am Schluß dieser Verhandlungsrunde für gescheitert zu erklären. Darüber hinaus erwarten wir, daß unsere Gewerkschaftsführung eindeutig und unmißverständlich unsere Tarifforderung in der Öffentlichkeit vertritt und sie nicht mit zukünftigen gewerkschaftlichen Zielvorstellungen vermischt. Der Verhandlungsstand erfordert ein geschlossenes Handeln und klares Zielvorgaben!“

SIEMENS: „RIESENZOFF“

Auf heftige Kritik stieß auf der Vertreterversammlung der IG Metall in Essen am 16.2.1998 die Absicht eines der größten Familienunternehmen der BRD, der Fa. Siemens, bundesweit aus dem Industrietarif auszusteigen. Die rund 70 Delegierten sicherten der Siemens-Belegschaft ihre volle Solidarität zu. Rund 25 000 Beschäftigte – Monteure, Installatoren, Elektriker – will der Siemens-Konzern ausgliedern. Er will nicht mehr die Tarifverträge der metallverarbeitenden Industrie anwenden, sondern die des bayerischen Elektrohandwerks. Das hätte monatliche Einkommensverluste von im Schnitt 600–700 DM zur Folge, so Bruno Neumann, 1. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Essen. Für Angestellte in den oberen Gehaltsgruppen geht es um mehrere tausend DM. Erreicht hat der Siemens-Konzern bereits, daß die IG Metall über diese Zumindestungen überhaupt verhandelt. Unter dem Eindruck eines vergleichsweise niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrades – am Standort Essen liegt er mit knapp 40% schon eher hoch – ist sie bereit, einen Tarifvertrag für industrielle Dienstleister oder notfalls auch einen Ergänzungstarifvertrag abzuschließen, der Abstriche von den gültigen Tarifverträgen beinhaltet. Sie hofft, so den Flächentarifvertrag erhalten zu können. Bewegt hat sich bisher jedoch nichts. Der Betriebsrat bereitet sich auf „Riesenoff“ vor, so der Gesamtbetriebsratsvorsitzender Alfons Graf. Nachdem Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauensleute eine Unterschriftensammlung in die

Wege geleitet haben, lädt der Betriebsrat jetzt zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 2.3.1998 im Saalbau ein. Die IG Metall will eine Demonstration zu der Versammlung organisieren. Die Aktion soll ein erster Höhepunkt des Widerstandes werden.

nach LB Essen

EINKOMMENSENTWICKLUNG:

Das Statistische Landesamt Hamburg hat die Ergebnisse einer Untersuchung veröffentlicht, die die Entwicklung der Brutto- und Nettolöhne und -gehälter zwischen 1990 und 1995 aufzeigt (für Arbeiter und Angestellte in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, im Handel, Kredit- und Versicherungssektor). Demnach stiegen die durchschnittlichen Nettojahresverdienste von 1990 gleich 41 109 DM auf nur 44 877 DM 1995, also nur um 9,2%. Ihre Entwicklung hinkt also der Preissteigerungsrate weit hinterher; der durchschnittliche Kaufkraftverlust eines vollzeitbeschäftigten Lohnabhängigen, bedingt durch die Explosion der Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge und erst in zweiter Linie durch Preissteigerungen, beträgt 1995 gegenüber 1990 2 564 DM und damit mehr als 200 DM im Monat. Bemerkenswert ist, daß die Lohnsteuern am kräftigsten stiegen (Oktober 1995 gegenüber Oktober 1990 um 37,7%): Sie liegen im Oktober 1995 mit 976 DM über den Sozialversicherungsbeiträgen (956 DM; Oktober 1990: 709 gegenüber 740 DM). Die meisten Lohnabhängigen (vor allem Frauen, vor allem in den Niedriglohnbereichen) sind von den Lohn- und Gehaltkürzungen noch viel stärker betroffen, als es die Durchschnittszahlen aussagen; denn einige Beschäftigtenkategorien legten bei den Nettolöhnen und mehr noch bei den -gehältern um bis zu 36% zu: vor allem karrierebedingt.

(Quelle: Brutto- und Nettoverdienste 1990 und 1995, Hamburg in Zahlen 11/97, scc)

Warnstreiks

In den letzten Politischen Berichten hatten wir von der Kundgebung der Beschäftigten in den Ersatzkassen wegen der Tarifverhandlung am 5.2. in Hamburg mit über 2.000 Teilnehmern berichtet (s. Bild). Der Arbeitgeberverband beharrte auf seinen Forderungen nach Lohnkürzung, weshalb die Verhandlung ergebnislos abgebrochen wurde. Eine weitere Provokation der Kassen, die im letzten Bericht noch nicht erwähnt war, ist die geplante „Streckung“ der Berufsjahr-Stafette. Die Zeiträume, in denen die Beschäftigten (bundesweit ca. 45 000 bei den Ersatzkassen) in die jeweils nächste Berufsjahrstufe aufrücken - und eine entsprechende automatische Gehaltsanhebung erhalten - soll verdoppelt werden. Der dadurch eintretende Verlust würde sich im Laufe eines Arbeitslebens auf viele 10 000 DM aufsummieren.

In den letzten Wochen ist es deshalb zu weiteren Warnstreiks in Hamburg gekommen: Am 12.2. streikten die Kolleg/innen der Barmer Ersatzkasse in der Frankenstraße, am 17.2. die Beschäf-



tigten der DAK in Altona (im Mercado in Ottensen). Am 19.2. streikten 120 der 150 Kolleg/innen der Hamburg-Münchner Ersatzkasse.

Am 25.2. haben 350 der 800 Kolleg/innen der Hauptverwaltung der DAK einen Warnstreik durchgeführt. Im Anschluß an eine Personalversammlung zogen die Warnstreikenden von 12 bis 14 Uhr in einer Demonstration durch die Hamburger Innenstadt.

Nach einigen „Mißverständnissen“ zwischen HBV und DAG - so haben einzelne DAG-Funktionäre in Hamburg versucht, streikende Kollegen von ihren Aktionen abzubringen - wurde von HBV und DAG eine gemeinsame bundesweite Streikleitung eingerichtet, um solche Vorkommnisse auszuschließen.

Noch eine Info zum Einzelhandel: Für die diesjährige Tarifrunde hat die HBV 5%, mindestens 150 DM als Forderung beschlossen.

Die CDU reißt sich den SWR unter den Nagel...

... die SPD hat und tut nichts dagegen, und kaum jemand regt sich richtig darüber auf. So könnte man die Situation des neuen Südwestsenders (Fusion von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk) flapsig beschreiben. Die „Stuttgarter Zeitung“ titelt am 21. Februar: „Mit Parteiticket fährt man beim neuen Sender besser“.

Bei der Gründung der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender nach dem Krieg hieß es noch feierlich, der Rundfunk sei „Eigentum des Volkes“. Um zu verhindern, daß jemals wieder eine Regierung sich des Mediums bemächtigt, wie es Hitler getan hatte, wurde die Staatsferne des Rundfunks in den Rang eines Verfassungswertes erhoben. Die Regierungen und die Parteien sollten keinen Einfluß auf die Programmgestaltung und die Organisation der Sender haben oder sie gar lenken.

Und heute? Der künftige Funkhausdirektor in Stuttgart, Willi Steul, und der künftige Hörfunkdirektor des SWR, Bernhard Hermann, stehen fest, nachdem Günther Oettinger, CDU-Fraktionschef im Landtag die Details geklärt und Landesvater Teufel seinen Segen gegeben hat. Der Ex-Mitarbeiter der Staatskanzlei, Peter Boudgoust, wird Verwaltungsdirektor, der Ex-CDU-Bürgermeister

von Bingen, Heinjo Schröder wird Justitiar. Wie bitte? Diese Ämter müßten vom noch zu wählenden neuen Intendanten des SWR und den zuständigen Rundfunkgremien besetzt werden? Kein Problem. Der jetzige SWF-Intendant Peter Voss und nach dem Willen der Landesregierung zukünftige Intendant des neuen SWR ist ja ein Vertrauter von Oettinger und „hakt heute keine Topposition mehr ab, ohne sich mit Oettinger abgestimmt zu haben, der selbiges auch einfordert“ - und sich in der Presse brüstet, Voss habe ihm sein Amt zu verdanken. Erst ab der zweiten und dritten Ebene der Hierarchie werde er sich nicht mehr einmischen, sagt Oettinger, für ihn sei wichtig, daß die Schaltstellen richtig festgeklopft sind. Da kann er SPD-Ministerpräsident Beck leicht zugestehen, daß das SPD-Mitglied Uwe Rosenbaum in Mainz Funkhausdirektor wird. Mit SPD-Landeschef Maurer sei auch alles abgesprochen, sagt Oettinger.

Also alles bestens? Keineswegs. Die IG Medien kritisierte von ein, zwei Jahren, die Rundfunkpolitik der CDU und der Landesregierung sei eine Enteignung des Volkes, dem „sein“ Rundfunk weggenommen werde. Stimmt heute mehr denn je! Bloß - heute regt sich schon gar keiner mehr auf.

ulk

Im Zeichen von Globalisierung, Betriebsaufspaltungen, Leistungsdruck und Lohnsenkung

Betriebsratswahlen 1998

Im März werden in den meisten Betrieben die Betriebsräte für eine vierjährige Legislaturperiode neu gewählt. Der immense Druck, der von den Konzernspitzen und Geschäftsleitungen auf die Beschäftigten, Betriebsräte und die Gewerkschaften in Richtung Senkung des Lohnniveaus, Flexibilisierung der Arbeits- und Lebenszeit der Arbeitnehmer ausgeübt wird, findet seinen Widerhall in einer Intensivierung der Diskussion. Ausführlich wie noch nie in den vergangenen Wahlen werden im Vorfeld der Wahl schriftliche Ausführungen von gewerkschaftlichen Betriebsratslisten verbreitet. Wir dokumentieren hier aus dem Wahlprogramm der IG Metall bei Manesmann Sachs, dem größten Betrieb in der Region Schweinfurt.

cls

Standort Schweinfurt stärken, Beschäftigung sichern!

- Schweinfurt muß eine Einheit von Entwicklungs-, Produktions- und Verwaltungsstandort bleiben!
- Die Vorteile hoher Technologie, Qualifikation und des räumlichen Verbunds nutzen!

- Keine Auslagerung von Produktion!
- Ende 1997 erreichte der Betriebsrat
- eine Beschäftigungsgarantie bis zum 1. Januar 2000
- die Zusage des Vorstands auf der Wirtschaftsausschuß- und Aufsichtsratssitzung am ... „Große Strukturmaßnahmen sind abgeschlossen, im 5-Jahres-Plan des Vorstands sind keine Verselbständigung vorgesehen.“

Den Blick nach vorne richten: Arbeitsbedingungen gestalten! Betriebsratsarbeit im Wandel

Dem raschen und umfassenden Wandel der Arbeitsbeziehungen und -aufgaben unterliegt auch die Arbeit des Betriebsrats:

- Gab es früher gerade mal drei oder vier verschiedene Arbeitszeitregelungen, werden heute wegen der vom Markt geforderten hohen Flexibilität der Beschäftigten Arbeitszeitsysteme bis herunter auf Kostenstellenebene differenziert.
- Arbeitnehmer wollen ihre Angelegenheiten selbst mitregeln. Der Betriebsrat soll nicht stellvertretend handeln, er

ist stärker gefragt als Berater, Moderator, Fachmann. Die Ansprüche an Information und Transparenz der Arbeit des Betriebsrats wachsen.

Das Betriebsverfassungsgesetz kennt jedoch kaum Individual- oder Gruppenrechte, die Mitbestimmungsrechte sind vollständig an den Betriebsrat delegiert. Der Betriebsrat muß im Interesse der Arbeitnehmer die ihm zustehenden Mitbestimmungsrechte wahrnehmen, sonst verfallen sie. Er kann sich nur auf die Aktivitäten der betroffenen Arbeitnehmer stützen, sie in die Meinungsbildung einbeziehen und versuchen, in Regelungen mit dem Arbeitgeber Arbeitnehmerrechte auszuweiten.

Betriebsrat: Dezentral aber einheitlich

Zum 1.1.98 hat der Betriebsrat Geschäftsbereichsausschüsse gebildet. Vorteile: Überschaubarkeit der Bereiche, Nähe zu den Beschäftigten, direkter Draht zu den Geschäftsleitungen.

Neben dezentralen Teams werden die Betriebsratszentrale und Fachausschüsse zuständig sein für politische Koordination, für übergreifende Fragen, für Verhandlungen mit dem Arbeitgeber und die Zusammenarbeit innerhalb der Sachs Gruppe und des Mannesmannkonzerns

Ziel: Formulierung einheitlicher Politik, um vergleichbare Arbeitsbedingungen bei Mannesmann-Sachs zu gestalten und zu erhalten.

Arbeitszeit

Bei den Arbeitszeitregelungen der letzten Jahre sind wir der Leitlinie gefolgt: Eine für beide Seiten attraktive Zeitorganisation ist möglich. Notwendige Flexibilität und hohe Motivation der Mitarbeiter können für das Unternehmen gesichert werden, wenn im Gegenzug den Arbeitnehmern ein hohes Maß an Selbstbestimmung bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit eröffnet wird.

Unsere nächsten Ziele:

- Ausdehnung der Gleitzeitregelung auf weitere Zeitlohnbereiche und auf Teilzeitbeschäftigte, Ausweitung des Ausgleichszeitraums auf ein Jahr, Regelung offener Punkte wie Waschzeitenregelung

- Pilotprojekte zur Erprobung von Gleitzeit in der Fertigung
- Vereinbarung von Langzeitkonten zur Beschäftigungssicherung
- Betriebliche Umsetzung der Altersteilzeit
- Abgeltung von Mehrarbeit durch Freizeit wahlweise ab der 1. Stunde
- Flexible Schichtmodelle zur Vermeidung dauerhafter Mehrarbeit
- Abschluß einer Betriebsvereinbarung, die im Einzelfall längere Arbeitsbefreiung (bis zu ½ Jahr) bzw. vorübergehende Reduzierung der Arbeitszeit ermöglicht, sog. Sabbaticals

Gruppenarbeit / Qualifizierung / Entlohnung

Der Betriebsrat hat die Einführung und

Entwicklung von Gruppenarbeit in der Paritätischen Kommission, in Projektgruppen und in Sitzungen vor Ort positiv begleitet. Dabei unterstützten wir neue Elemente wie die Anreicherung der Fertigungsarbeit um Aufgaben aus dem indirekten Bereich, Entscheidungskompetenzen der Gruppen, selbständige Urlaubs- und Freischichtplanung oder die demokratische Wahl von Gruppensprechern.

In mehreren Vereinbarungen haben wir Gruppenarbeit geregelt.

Gruppenarbeit soll in den nächsten Jahren vertieft und auf weitere Bereiche ausgedehnt werden. Es stehen Verhandlungen um Entlohnungs- und Arbeitszeitkonzepte für Fertigungsgruppen an. Aus unserer Sicht geht es darum, das Engagement und die Qualifizierung der Fertigungsarbeiter entsprechend zu honorierten.

Angestellte

Durch kontinuierliche Verbesserung von Arbeitsprozessen und Orientierung am Kundenprinzip verspricht man sich eine Optimierung der Wertschöpfung. Die einzelnen Beschäftigten sollen selbstverantwortlich, „unternehmerisch“ handeln. Die abgeforderte Arbeitsleistung wird immer weniger angeordnet, sondern unter Beteiligung der Mitarbeiter als „Zielvereinbarung“ vorgegeben. Schwierigkeiten entstehen dann, wenn keine verbindlichen Rahmenbedingungen, wie sachliche Ausstattung, Personalbemessung oder Qualifizierungszeiten vereinbart werden. Leistungsverdichtung und ausufernde Gleitzeitkonten sind Auswirkungen.

Der Betriebsrat wird in der neuen Periode einen Angestelltenausschuß einrichten, der sich schwerpunktmäßig mit diesen Problemen, mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen für Projektarbeit, Zielvereinbarungen und mit Regelungen zu Qualifizierung befassen wird unter Einbeziehung des AT-Bereichs. Aktuell muß eine Vereinbarung über Rufbereitschaft und außerbetriebliche Arbeitseinsätze im EDV-Bereich abgeschlossen werden.

Tarifverträge verteidigen!

Die Arbeitgeberverbände blasen zum Angriff auf die tariflichen Mindestbedingungen. Arbeitszeit, Urlaub, Urlaubsgeld, Teil des 13. Monatseinkommens sind die Hauptansatzpunkte. Die IG Metall will betriebliche Veränderungen in tariflichen Regelungen aufgreifen, Gruppenarbeit, Leistungsentlohnung, Zielvereinbarungen, gemeinsamer Entgelttarif, usw. Das darf jedoch nicht zu einer Senkung des Tarifniveaus führen!

Eine Stimme für die IG Metall bei der Betriebsratswahl ist auch eine Stimme für den Tarifvertrag und die Absicherung unserer Arbeitsbedingungen!

(aus Nachrichten&Standpunkte, Arbeiterzeitung für Region Schweinfurt)

Bericht von der DGB-Landeskonferenz Berlin-Brandenburg

„Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“

Unter diesem Motto fand am 20. Februar die 2. ordentliche DGB-Landesbezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt. Zum neuen Vorsitzenden wurde Dieter Scholz (IGM) gewählt, stellvertretender Vorsitzender wurde erneut Bernd Rissmann. Bei seiner Vorstellung kündigte Dieter Scholz an, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zum Schwerpunkt seiner Arbeit zu machen. Er kritisierte Regierung und Wirtschaft Berlins, aber auch bundesweit, und machte sie für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Genau wie die bisherige Vorsitzende Christiane Bretz, die nicht wieder kandidierte, steht Scholz kritisch zum „Bündnis Ost“ und stellt seine Fortführung in Frage.

Schwerpunkt der Antragslage wie auch der Redebeiträge waren Forderungen gegen Sozialabbau und Deregulierung, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und in logischer Konsequenz daraus die Forderung nach einem Politik- und Regierungswechsel (Start einer Kampagne unter dem Motto: „Wir streiten für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“). So wurden Forderungen gegen die weitere Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, für den Erhalt und die Ausdehnung der sog. Tarifreue-Erklärung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ebenso unterstützt wie den Erhalt der Sozialversicherungen und die Bekämpfung der Scheinselbständigkeit.

Senat und brandenburgische Landesregierung wurden aufgefordert, mit der Entlassungspolitik im öffentlichen Dienst Schluß zu machen und auf die weitere Verscherbelung von öffentlichem Eigentum zwecks kurzfristiger Haushaltssanierung zu verzichten. Stattdessen sollen sie für die Beseitigung der Ungerechtigkeit bei der Besteuerung von Lohn und Gewinnen eintreten.

Auch zu ganz aktuell stattfindenden Auseinandersetzungen haben die Delegierten eindeutig Stellung bezogen.

- Der DGB Berlin-Brandenburg lehnt das öffentliche Gelöbnis am 13. August in Berlin ab. Sollte es nicht gelingen, den Senat von seinem Vorhaben abzubringen, wird der DGB gegen diese Machtdemonstration des Militärs protestieren. Eine Aussage, daß der DGB Berlin-Brandenburg öffentliche Gelöbnisse grundsätzlich ablehnt, wurde als Material verabschiedet.

- Die Delegierten forderten die weitere verbindliche Unterstützung der Arbeitslosen-Aktionstage in finanzieller und personeller Hinsicht und sprachen sich dafür aus, daß möglichst viele Organisationen und Initiativen von oder für Arbeitslose miteingebunden werden.

- Über den DGB-Bundesvorstand sol-

len die im Bundestag vertretenen Parteien aufgefordert werden, daß der Abschluß des M.A.I.-Vertrages von der Bundesregierung verhindert wird bzw. daß die Bundesregierung diesem Vertrag nicht beitritt.

Während die bisher genannten Themen weitgehend einmütig verabschiedet wurden, gab es strittige Diskussionen zum Thema Senioren-Arbeitskreis (hier wiederholt sich die frühere Diskussion um die Stellung der Arbeitslosenarbeit), der genehmigt wurde, und Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Erstmals ist es der DGB-Jugend gelungen, daß ihr Antrag nicht pauschal abgelehnt wurde. Die aktuelle bedrohliche Situation im Irak einerseits, aber auch die Rechtsentwicklung in der Bundeswehr andererseits ließen es den Delegierten notwendig erscheinen, daß darüber weiter inhaltlich diskutiert wird und verabschiedeten es deshalb als Material an den Vorstand.

Strittig auch ein Antrag, der den DGB-Bundesvorstand auffordert, „künftig Aktivitäten zu unterlassen, die ohne vorherige Diskussion und ohne erkennbaren Konsens der betroffenen Gewerkschaften in Geheimverhandlungen zu verbindlichen Zusagen führen“. Während die Antragsberatungskommission hier „Nichtbefassung“ vorschlug, stimmten die Delegierten für die Annahme dieses Antrages und brachten damit ihre Unzufriedenheit mit den vielen Vorstößen des DGB-Vorsitzenden Schulte zum Ausdruck.

har

Dienstleistungsgewerkschaft

Schwieriger Umbau

Am 24. Februar verabschiedeten die Vorsitzenden von fünf DGB-Gewerkschaften sowie der Vorsitzende der DAG eine Politische Plattform, die den Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaft für den Dienstleistungsbereich vorsieht. Die Richtung des Projektes ist den im Kasten dokumentierten Auszügen zu entnehmen: Abbau der gewerkschaftlichen Konkurrenz (traditionell zur DAG und untereinander), bessere Nutzung der Ressourcen, Ausbau der Präsenz der Gewerkschaften (das Papier spricht ausdrücklich davon, daß die Gewerkschaft für die Mitglieder in der Fläche erreichbar sein soll), dezentrale Strukturen entwickeln. Zeitlich ist vorgesehen, daß in diesem Jahr die Vorstandsgremien grundsätzlich entscheiden, im nächsten Jahr die Gewerkschaftstage und daß dann ab dem Jahr 2000 der Aufbau der neuen Gewerkschaft beginnen soll.

In dieser Allgemeinheit, wie die Zielsetzungen der neuen Dienstleistungsgewerkschaft in der Plattform beschrieben sind, wird man kaum etwas einwenden können, der Hauch von Modernisierung läßt eher hoffen. Eine gewisse Skepsis entsteht aus dem, was nicht aufgeschrieben ist und was noch zu regeln bleibt:

Synergie-Effekte, also Einsparung an Mitteln durch Zusammenlegung, mag es schon geben, aber sind sie tatsächlich so hoch, daß sich daraus eine starke Präsenz in der Fläche finanzieren läßt? Womöglich noch bei Senkung der Beiträge, die eine solche Höhe erreicht haben, daß es schon einem starken Bekenntnis gleichkommt, Gewerkschaftsmitglied zu werden? Was fällt also weg aus dem Spektrum der bisherigen Tätigkeit (als ein Stichwort bloß: behält man die große Anzahl gewerkschaftlicher Zeitungen, die kostenlos abgegeben werden)? Skeptisch stimmt auch die Betonung des Ehrenamtes: die Erfahrung zeigt, daß das Zeitvolumen, das von den Gewerkschaftsmitgliedern dafür aufgebracht wird, seit Jahren sinkt – sei es, weil es nicht geht oder weil man es nicht will. So steht zu befürchten, daß die Finanznot, in die vor allem die kleineren Gewerkschaften durch steten Mitgliederschwund gekommen sind, weiterbestehen werden und weitere Maßnahmen erfolgen müssen, die eher von Konkursabwendung bestimmt sind als von Modernisierung und Umbau.

Die Politische Plattform spricht von „Interessenvertretung im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie sowie im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich“. Nun gibt es Bereiche, die sich nicht dazu rechnen, wie z.B. die papierverarbeitende Industrie in der IG Medien. Werden die an andere Gewerkschaften abgegeben? Andererseits sind Bereiche, die zum so beschriebenen Dienstleistungsbereich dazugehören, wie die Eisenbahn, nicht enthalten; denn die Eisenbahnergewerkschaft ist aus dem Projekt ausgestiegen. Die Hoffnung, daß also die gewerkschaftliche Konkurrenz zu Ende sei, wird vermutlich nicht erfüllt.

Völlig offen ist auch die Arbeitsbeschreibung des zukünftigen Funktionärs: Welche Leistungen muß er erbringen? Wie wird er rekrutiert und ausgebildet, wie hoch bezahlt?

Die Lösung solcher Probleme aber allein von den Apparaten zu erwarten, ist wahrscheinlich zuviel verlangt. Es stehen also ein, zwei Jahre spannender gewerkschaftlicher Diskussion an. alk

Dokumentiert:

Entwurf der Politischen Plattform zur Neustrukturierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich durch die Gewerkschaften DAG, DPG, GEW, HBV, IG Medien und ÖTV vom 24. Februar 1998

Präambel: Die Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland sind einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen. Von den Gewerkschaften wird erwartet, daß sie diese Veränderungsprozesse mitgestalten und positiv beeinflussen.

Die Zukunft der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung entscheidet sich an der Frage, ob es den Gewerkschaften, insbesondere auch im Dienstleistungsbereich, gelingt, die immer differenzierter werdenden Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen zu erfassen, sachverständig durchzusetzen und in neuen Beschäftigungsbereichen durch qualifizierte Betreuungs- und Vertretungsangebote in ausreichender Zahl Mitglieder zu gewinnen. Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie und im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und eine politische Kultur, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die diese Politische Plattform unterzeichnenden Gewerkschaften ergreifen die Chance, flexibel auf den Wandel in der Arbeitswelt reagieren zu können und diesen mitzugestalten, indem sie ihre Kräfte bündeln, um neuen Anforderungen

gen der Mitglieder und potentieller Mitglieder besser entsprechen zu können. Wir werden dieses Ziel nur erreichen, wenn wir Schluß machen mit unfruchtbaren gewerkschaftlichen Konkurrenz. Die gewerkschaftliche Neustrukturierung wird vor Ort, in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen präsenter sein können und Verantwortung, Kompetenzen, Finanzen und Personal dezentral und basisnah einsetzen.

Der historisch bedingte und über Jahre ausgetragene Streit über die beste Organisationsform gewerkschaftlicher Arbeit zwischen den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft könnte beigelegt werden, indem wir gemeinsam etwas Neues schaffen. Nach 50 Jahren halten wir die Chance in der Hand, die Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden und einen für das 21. Jahrhundert tauglichen Neuanfang zu schaffen.

Dieser Neubeginn muß von Anfang an überzeugen. Wir wollen eine breite Mehrheit der Mitglieder der beteiligten Gewerkschaften dafür gewinnen, ihn aktiv mitzugestalten. Diese Politische Plattform, in der organisationspolitische Ziele im Vordergrund stehen, soll Ausgangspunkt für einen offenen Diskussionsprozeß sein, der zielorientiert die Möglichkeiten einer gemeinsamen Zukunft auslotet. Die gewerkschaftspolitischen Zielsetzungen werden im weiteren Prozeß der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Gewerkschaften gemeinsam entwickelt.

Alle Mitglieder und Gremien der unterzeichnenden Gewerkschaften sind aufgefordert, sich aktiv an der Diskussion um die gewerkschaftliche Neustrukturierung zu beteiligen.

Der Frieden am Golf kann nicht militärisch, er kann nur zivil gewonnen werden

Der folgende Text stammt von Mitte Februar. Er behält seine Aktualität, auch wenn der Angriff der USA und ihrer Verbündeten für den Moment abgewendet wurde.

A. Zur aktuellen Lage

Bedrohung und Kriegsgefahr durch den Irak?

Am Golf und in den Staaten der Region droht derzeit keine Gefahr eines kriegerischen Angriffs durch den Irak. Seit sieben Jahren kontrollieren die UNSCOM-Inspektoren die irakischen Militäranlagen und haben für ihre Zerstörung gesorgt. Sie berichtete, das irakische Potential an Massenvernichtungswaffen sei zerstört und die Möglichkeit, es zu verschleiern, sei nur noch gering (Le Monde Diplomatique, 6.12.97). Washington jedoch drängte darauf, den Bericht zu ändern. Präsident Clinton sprach von der Möglichkeit, Diktator Hussein könne Tel Aviv mit Biowaffen vernichten. Kurze Zeit später mußte er seine eigene Aussage revidieren: „Er habe damit nicht sagen wollen, daß Irak einen solchen Angriff durchführen werde.“ (FR, 31.1.98) In Bonn heißt es, es gebe einen „Stand der Vermutungen“. Ein hoher Regierungsbeamter äußerte, daß „die Amerikaner vielleicht mehr wüßten“.

Sicher scheint nur zu sein, daß von 819 irakischen Raketen 817 zerstört wurden (FR, 10.2.98). Ist das ein Informationsstand, in dem der deutsche Bundeskanzler verantwortlich erklären durfte, Deutschland – nicht nur Herr Kohl – unterstützt den Krieg? So geschehen am 7.2.1998.

Eine akute Gefahr mit unabsehbaren Folgen entsteht erst durch einen neuen Golf-Krieg, der zu unkalkulierbaren Aktionen drängen könnte. Es besteht also kein Zwang zum militärischen Eingreifen, wie man uns einzureden versucht. Übrigens haben viele Länder sowohl Massenvernichtungsmittel wie auch machtversessene Politiker. Letztere sind trotz feierlicher Versprechen nicht bereit abzurüsten, gar nicht davon zu reden, daß die Nuklearmächte, an erster Stelle die USA, ihre Arsenale blank und einsatzbereit halten. Sollen diese Länder nun alle bombardiert werden?

Der wirkliche Gegenstand des Konfliktes

Seit 1991 hat das Embargo der UN etwa 800 000 Menschen das Leben gekostet, darunter 320 000 Kindern unter 5 Jahren. Das sind mehr Kinderopfer als im Bosnien-Krieg, dessen Grausamkeiten uns alle so bewegten und den viele Völkermord nannten. Berichte von UN-Organisa-

sationen zeigen, daß gegenwärtig eine Million Kinder durch Unterernährung an Wachstumsschäden mit Folgen für mehrere Generationen leiden (Le Monde Diplomatique, 6.12.97). Der Irak hat deshalb großes Interesse, das seit 7 Jahren andauernde Embargo aufzuheben. Der gemäß UN-Resolution 986 erlaubte Export von Öl im Wert von 2 Mrd. Dollar alle 6 Monate muß immer wieder neu genehmigt werden. Die einnahmen reichen nicht für eine angemessene Nahrungs- und Gesundheitsversorgung der 18 Millionen Iraki, zumal ein Teil der Erlöse dazu benutzt wird, die Kriegsschulden zu tilgen sowie die Kontrollmission zu finanzieren. Der Generalsekretär hat deshalb jüngst eine wesentliche Erweiterung der Ölverkäufe durch den Irak vorgeschlagen. Dies wäre wenigstens vorübergehend ein wichtiger Schritt der Entspannung.

Weltkirchenrat kritisiert Gedanken an einen Militärschlag

Das Leiden des machtlosen irakischen Volkes würde durch einen Militärschlag nur verschlimmert, heißt es im Bericht einer Delegation des Weltkirchenrates, die Ende Januar aus dem Irak zurückkehrte. An der katastrophalen Lage seien vor allem die UN-Sanktionen schuld. Sie verletzten die Menschenrechte vieler Iraker, indem sie ihnen das Recht auf Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung, medizinische und soziale Versorgung und Arbeit verwehrten. „Dem Sanktionsregime fehlen Sinn und klare Ziele, es ... hat deshalb kaum mehr erreicht als das Leiden der Menschen“, heißt es in dem Bericht des Rates, der 300 Kirchen in 100 Ländern vertritt (FR, 31.1.98).

Frau Albright denkt an die Schlinge um Saddams Hals

Der Militärdiktator Hussein, ein skrupelloser Machtpolitiker, wie sie auch in anderen Ländern zu finden sind, möchte dem Irak die Stellung einer Regionalmacht sichern. Als Bagdad noch grausamst gegen den Iran kämpfte und die Kurden in seinem Land vergaste, hatte ihm der Westen dieses Ziel bereitwillig eingeräumt. Erst als er es wagte, sich am kuwaitischen Öl zu vergreifen, änderte der Westen seine Haltung. Da die USA trotz siebenjähriger UN-Kontrolle stets ablehnten, das Embargo zu beenden, versucht Bagdad nun, durch Provokationen eine Wende zu erreichen.

Die Ankündigung des irakischen Präsidenten, er werde den UN-Inspektoren ein Ultimatum zur Beendigung ihrer Arbeit bis zum 20.5.98 stellen, ließ die US-

Außenministerin sagen: „Saddam werde die Schlinge um seinen Hals nur noch fester ziehen“ (FR, 19.1.98). Auf einer Pressekonferenz erklärte Clinton, falls der irakische Diktator nicht abgesetzt werden, bleibe die Blockade „bis ans Ende aller Zeiten“. Das heißt, weiteren Völkermord zu akzeptieren, um politische Ziele zu erreichen. Keine UN-Resolution deckt ein solches Vorgehen. Bei der US-Haltung geht es selbstverständlich auch um das Prestige der einzigen Weltmacht und um Entlastung des Präsidenten von innenpolitischer Bedrängnis.

B. Zu den Hintergründen

„Kein Blut für Öl“ – war doch nicht falsch!

Für die Forderung nach einer zivilen Konfliktlösung und die Aussage „Kein Blut für Öl“ wurde der Friedensbewegung im letzten Golf-Krieg 1991 als anti-amerikanisch gescholten. Brent Scowcroft, nationaler Sicherheitsberater unter Präsident Bush, sagte Jahre später im BBC, „daß der wahre Grund für den Krieg natürlich das Öl gewesen sei“ (FR, 18.1.96). Daran hat sich nichts geändert.

In Ansätzen wird gegenwärtig bereits ein neuer gewaltträchtiger Militärzusammenschluß zwischen Israel, der Türkei und den USA erkennbar. Dieser richtet sich mit Waffen und Wasserregelung gegen die arabischen Staaten der Region, zielt jedoch in strategischer Perspektive bis hin zum Kaspischen Meer und den asiatischen Ländern östlich davon. Dort sollen riesige Öl- und Gasvorkommen erschlossen werden. Daß angesichts so wichtiger militärisch-politischer Strategien die Frage der Menschenrechte oder gar des Völkerrechts kaum noch Bedeutung hat, wird der Welt durch die Militärintervention der Türkei im Nordirak vorgeführt. Dort liegen die Ölquellen von Mossul nicht fern. Die USA haben bei der Intervention mitgewirkt, und die westlich-europäische Welt nimmt es weitgehend hin, daß Ankara völkerrechtswidrig Grenzen militärisch überschreitet und einen erbarmungslosen Krieg gegen seine eigene kurdische Bevölkerung führt. Daß man gegen einen solchen aggressiven Bruch des Völkerrechts wie weiland in Kuwait kriegerisch vorgehen müßte, hat bisher allerdings keiner der westlichen Staaten gefordert. Öl führt überall zu ungleichen Maßstäben.

Rüstungsexporte durch Ölgewinne

Nach der Befreiung Kuwaits Ende Februar 1991 wurde auf maßgeblichen Druck der USA das Embargo fortge-

führt. Dadurch fiel der Irak fast vollständig als Öllieferant aus. Saudi-Arabien und Kuwait übernahmen weitgehend die Opec-Exportquote des Irak. Riesige zusätzliche Einnahmen wurden so möglich, die in erheblichem Maße in Aufrüstung flossen. Zwischen 1989 und 1996 lieferten die USA allein für 56 Mrd. \$ Rüstungsgüter in die Region. Sie wurden zu einem erheblichen Teil von den anderen reichen und armen Ländern bezahlt, die die gestiegenen Ölpreise begleichen mußten. Fiegle das Feindbild Irak aus, so wäre dies ein schwerer Schlag für die US- und andere Rüstungsindustrien. Außerdem wären amerikanische Stützpunkte in der Region kaum noch zu rechtfertigen. Angesichts solcher Bedrohungen amerikanischer Interessen erklärte Clinton auf einer Pressekonferenz am 14.11.97, die Blockade bleibe bis ans Ende aller Zeiten, falls Saddam Hussein nicht abgesetzt werde (Le Monde Diplomatique, 12.12.97). Die USA setzen sich damit über die UN-Resolutionen hinweg, die eine solche Bedingung nicht enthalten.

C. Die mangelnde rechtliche Basis und die Folgen eines kriegerischen Einsatzes

Beim Angriff kommen Völkerrecht und die UN unter die Räder
 Trotz ständiger Wiederholung aus den USA gibt es keine ausreichende rechtliche Grundlage für einen erneuten Angriff auf den Irak. Auch in den Statements aus Washington wird diese nicht genannt. Lediglich die UN-Resolution 678 von 1990 ermächtigte die Staaten, „alle erforderlichen Mittel“ anzuwenden, um den Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait zu erzwingen. Das ist damals erreicht worden. Weder die UN-Waffenstillstandsresolution 687 von 1991 noch eine der späteren Resolutionen enthalten eine militärische Androhung oder eine Ermächtigung hierzu. Der Völkerrechtler Frowein, Direktor des Max-Plank-Instituts, sagte hierzu, daß für „Erzwingungsmaßnahmen“ ein neuer Beschuß des Weltsicherheitsrates erforderlich sei. Ohne dies seien alle militärischen Maßnahmen völkerrechtswidrig (taz, 31.1. und 6.2.98). Die USA und ihre Gefolgsleute aus den OECD-Industriestaaten berufen sich also nur noch auf das „Recht“ des Stärkeren. Der Flottenaufmarsch der USA am Golf signalisiert eindeutig, daß sich die USA als stärkste Macht der Welt nicht mehr den Vereinten Nationen und ihrer Satzung unterordnen will. Die USA treten auf als Weltherrscher, die letztlich über Krieg und Frieden zu entscheiden haben. Die Bonner Politik, die stets die Reform der UN im Munde führt und selbst Mitglied des Sicherheitsrates werden möchte, stimmt dieser Entmachtung der UN kritiklos zu.

Die zivilen Opfer eines Angriffes

Humanitäre Organisationen fürchten, daß die zivile Bevölkerung bei einem Angriff noch stärker betroffen sein wird als



Schülerdemonstration in Hamburg gegen den 2. Golfkrieg im Januar 1991

1991. Washington beruhigt dagegen mit dem Hinweis auf seine zielgenauen Waffen und seine Absicht, nur militärische Ziele anzugreifen. Seinerzeit wurde ähnlich beschwichtigt. In Wirklichkeit wurde die Zivilbevölkerung und deren Infrastruktur schwer getroffen. Damals wurden nach bisherigen Erkenntnissen ca. 60.000 US-Soldaten durch Kampfstoffe verseucht, die bei der Zerstörung von Kampfstoff-Depots freigesetzt wurden. Jetzt wollen die USA im Irak gegen mögliche Kampfstoff-Depots Magnesiumsprengköpfe mit großer Hitzeentwicklung einsetzen, so daß Chemiewaffen „unschädlich“ verbrannt werden sollen (taz, 7.2. und 9.2.98). Geht das schief, womit zu rechnen ist, so wird das der größte Chemiewaffeneinsatz gegen Zivilbevölkerung.
 (...)

E. Die deutsche Rolle und die richtigen Folgerungen

Bundeskanzler Kohl hat während des Golf-Krieges 1991 vor dem Bundestag erklärt, deutsche Soldaten würden nicht eingesetzt. Tatsächlich aber wurden 10 AWACS-Maschinen vom türkischen Stützpunkt Konya zu Spionage, Frühwarnung und Einsatzführung der Kampfflugzeuge eingesetzt. Mit dabei waren 150 Bundeswehrsoldaten. Dieser damals verfassungswidrige Einsatz wurde so gut geheimgehalten, daß selbst das Auswärtige Amt nicht informiert war. Später erklärte ein Bundeswehroffizier: „Damals haben wir auch Feuerleitplanung für Ziele im Irak gemacht.“ (Der Spiegel, 1.2.93)

Daß Teile der Rüstungsanlagen illegal von Deutschland in den Irak geliefert wurden, ist allgemein bekannt. UN-Inspekteure fanden den Hinweis „Made in Germany“ auf Pumpen von Raketen-Startrampen, TÜV-Stempel auf Druckluftbehältern für Militäranlagen und deutschsprachige Pläne. Bissige Kom-

mentare des internationalen Inspektorenteams im Irak: „Wenn es um die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln geht, seid ihr Deutschen immer ganz vorn.“ (Junge Welt, 27.1.98)

Inzwischen hat der Bundeskanzler wiederum, ohne das Parlament auch nur zu fragen, den USA für den Fall eines Militärschlages Luftbasen in Deutschland angeboten. SPD-Fraktionschef Scharping signalisierte volle Übereinstimmung mit dem Kanzler. Offensichtlich will Bonn diesmal nicht nur klammheimlich, sondern offen als militärische Großmacht dabei sein. Damit ist die Chance vertan, vermittelnd und deeskalierend für eine friedliche Politik einzutreten. Dies ist auch eine Absage an eine gemeinsame EU-Friedensstrategie, denn mit den Mitgliedsstaaten ist nicht einmal versucht worden, eine Übereinstimmung zu erzielen.

Keine Unterstützung für den neuerlichen Krieg am Golf

Wir in Deutschland haben nicht den geringsten Anlaß, die Kriegsbestrebungen am Golf zu unterstützen. Im Gegenteil! Hier sollen Großmachtinteressen der reichen Länder auf dem Rücken des irakischen Volkes ausgetragen werden, wodurch seine Leiden weiter erhöht werden. Während man in Deutschland die Sozialhilfeleistungen für Flüchtlinge kürzt oder gänzlich aufhebt, werden in der Folge von Krieg noch mehr Menschen zu Flüchtlingen gemacht. So wird man dann an den Grenzen der Festung Europa wiederum zu illegalen Einwanderern stampeln. Dieser inhumanen Politik ist entgegenzutreten.

Wir protestieren und fordern:

- alle Kriegsdrohungen und -handlungen zu beenden
- die Beschlüsse und Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates zu respektieren
- das Embargo umzugestalten, so daß die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann
- nach einer zivilen Lösung zu suchen, die da Ende der Kontrollen und des Embargos erkennbar werden läßt

V Keine deutsche Kriegsbeteiligung – weder finanziell und militärisch noch durch Bereitstellung von Militärbasen in Deutschland

All diejenigen, die sich in die mörderischen Konflikte in Ex-Jugoslawien einmischten und gar, um die kollektive Schlächterei zu beenden, kriegerische Interventionen um des Friedens willen verlangten, sind hier besonders gefordert. Hier können unerhörte Opfer noch vermieden werden. Hier kann friedlich daran gearbeitet werden, daß die gefährlichen Konfliktursachen abgebaut werden. Hierzu bedarf es allerdings mehr Engagement, als die einfallslose Kriegswaffe zu zücken. Brot statt Waffen lautet die Devise. Wirtschaftshilfe statt Unterstützung der eigenen Rüstungsindustrie und westlicher Weltmachtinteressen.

(Aus Platzgründen gekürzt)

Politik und Ideologie. Wandlung im ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik

Von Michael Schumann

In den *Politischen Berichten* 2/98 dokumentierten wir den Beitrag von Uwe-Jens Heuer auf der PDS-Konferenz „Das Verhältnis des Sozialismus zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Geschichte und Gegenwart“. Hier folgt der (gekürzte) Beitrag von Michael Schumann.

I

(...)

Mit der Diskussion programmatischer Fragen bewegen wir uns weitgehend auf der Ebene der ideologischen Auseinandersetzung, der Auseinandersetzung über die politisch-strategische Relevanz theoretischer und historischer Erkenntnisse. Solche Auseinandersetzungen werden gelegentlich als nutzlose Spiegelfechtereien abgetan, die von unseren politischen Aufgaben ablenken würden. Es ist bezeichnend, daß dieser Vorwurf von zwei Seiten erhoben wird: Man hört ihn von Protagonisten einer vorgeblich rein sachorientierten und unideologischen „Realpolitik“ ebenso wie von denjenigen, deren politische Artikulation sich auf eine rein emotionell geprägte Haltung des Widerstands gegen die herrschenden Verhältnisse reduziert. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille.

In Wirklichkeit stellen das Ringen um programmatische Klarheit einerseits und politischen Realismus bzw. politische Wirksamkeit andererseits keine Alternativen dar. Sie bedingen sich vielmehr. Und spätestens dann, wenn wieder einmal das ungeklärte Verhältnis zur eigenen Geschichte uns irgendwo die politische Rechnung zu durchkreuzen droht, wird der Zusammenhang offensichtlich und rächt sich das unreife Niveau programmatischer Basisarbeit, ideologischen Streits und politischer und historischer Bildung. (...)

Die Warnungen vor einer Ideologisierung unserer Politik sind aus dieser Sicht mit Vorsicht zu genießen. Sie entspringen meist der Erfahrung des „gebrannten Kindes“, der Erinnerung an die ideologische Gängelung, an die Fesselung selbstverantwortlichen politischen Bemühens durch die das Wahrheitsmonopol beanspruchende Staatspartei SED. Aber das Problem der parteikommunistischen und staatssozialistischen Tradition bestand nicht schlechthin in dem Bestreben einer ideologischen Rückbindung und Legitimierung von Politik. Das Problem bestand in diesem Zusammenhang vielmehr in der aus machtpolitischem Interesse betriebenen *Entdifferenzierung* der

drei gesellschaftlichen Teilbereiche: wissenschaftliche Theorie, Ideologie und Politik. (...) Die im Rahmen der sozialistisch-kommunistischen Tradition lange Zeit vorherrschende Sicht auf das Verhältnis von Theorie, Ideologie und Politik hatte jedenfalls mindestens drei problematische Konsequenzen: Sie implizierte erstens die Verschmelzung des theoretischen Diskurses mit Prozessen des ideologischen Hegemoniestrebens und der strategischen Handlungsanweisung und eröffnete so die Möglichkeit für die Unterordnung der Theorie unter ein machtpolitisches Prinzip. Sie führte zur ideologischen Herrschaft der politischen Führung über die Theorieentwicklung, womit die Theorie als kritisches Ferment der sozialistischen Bewegung entwertet wurde. Dies bedeutete sowohl eine Blockade des theoretischen Fortschritts wie den Verlust der Fähigkeit und Bereitschaft, theoretische Innovationspotentiale als Quelle politischer Erneuerung zu nutzen. Zweitens hat die dogmatische parteikommunistische Interpretation des Verhältnisses von Ideologie und Politik bei der ideologischen Formierung „von oben“ angesetzt und damit die Politik in das Prokrustesbett eines „ideologischen Plans“ gezwängt. Die so erzwungene starre ideologische Bindung der politischen Praxis bedeutete die funktionale Entdifferenzierung des ideologischen und politischen Bereichs mit der Folge einer weitgehenden Negierung der Eigenesetzlichkeit und des Eigenschöpferischen der Politik. Der Rechtstheoretiker wird analoge Folgen hinsichtlich des Rechts konstatieren. Und drittens hat schließlich diese machtpolitisch inspirierte spezifische Ideologisierung der wissenschaftlichen Theorie einerseits und der politischen Praxis und des Rechts andererseits zu einer nachhaltigen Diskreditierung des Ideologischen selbst geführt.

Wir sollten daraus nicht auf die politische Entbehrenlichkeit von Ideologie schließen. Davon sind auch andere politische Kräfte weit entfernt. Ich stimme Uwe-Jens Heuer zu, wenn er betont, daß politisch-strategische Zielstellungen unterschiedlichster Art in der Gesellschaft mit dem Massenbewußtsein über eine Bündelung von Aussagen und Wertungen ideologischen Charakters verbunden sind.² Die Politik hat es notwendigerweise mit den „sinnstiftenden“ Unternehmungen der Gesellschaft, mit den in der Öffentlichkeit existierenden Wertvorstellungen, geistigen Orientierungen und Traditionen zu tun. Alle diese „ideologischen Faktoren“ vermitteln die Ent-

stehung und Entwicklung gesellschaftlicher Willensverhältnisse, die zu dominierenden Macht bedeutet. Die Politik kann die „ideologischen Mächte“ einer Gesellschaft nicht ignorieren, wenn sie sich nicht zur völligen Wirkungslosigkeit verurteilen will. Sie muß sie in Rechnung stellen, zu beeinflussen suchen und verkörpern. Sie wird damit selbst zur „ideologischen Macht“ und transformiert so zugleich das Ideologische in einen Faktor des politischen Lebens. In der marxistischen Tradition hat insbesondere Antonio Gramsci diese *dialektische Identität* von Ideologie und Politik thematisiert und besonders tief ausgelotet. Im Resultat der mehrhundertjährigen Geschichte der bürgerlichen Emanzipation, in welcher die kulturell-ideologischen Bewegungen der protestantischen Reformation und europäischen Aufklärung Massencharakter angenommen hatten, entstand eine „integrale Kultur“, die eine spezifische *Einheit von herrschender Weltanschauung und Lebensweise* der Menschen - und von daher politische Macht - begründet. Gramsci schreibt: „Das Problem der Religion, verstanden nicht im Sinne eines Bekenntnisses, sondern im laizistischen Sinne der Einheit von Weltanschauung und Norm der Lebensführung: Warum sollte man das ‚Religion‘ und nicht Ideologie oder geradezu ‚Politik‘ nennen?“³ Die zentrale Frage der Politik, die Machtfrage, stellte sich für Antonio Gramsci vor allem als Aufgabe der Erringung der kulturell-ideologischen Hegemonie bzw. der Schaffung einer neuen „integralen Kultur“. Ohne die Bedeutung des staatlichen Zwangs für die politische Macht zu negieren oder auch nur zu unterschätzen, hat Gramsci die dialektische Identität von Politik und Ideologie als das zentrale Problem der politischen Macht unter den Bedingungen des westeuropäischen Kapitalismus akzentuiert. Diese Sicht der Dinge schließt die Erkenntnis ein, daß sich die ideologische Begründung resp. Legitimation der Politik nicht aus den ideologischen „Vorgaben“ einer sich als Avantgarde verstehenden bürokratischen Herrschaftsschicht herleiten kann. Das Ideologische hat einen echten rechtfertigbaren Begründungscharakter gegenüber der Politik letztlich nur dann, wenn und insofern es selbst - als lebensweltliche kulturell-ideologische Identität - die Willensverhältnisse der Menschen in der Alltagspraxis formt und verkörpert und also - zumindest der Potenz nach - selbst politisch ist.

In diesem Sinne muß die herrschende Politik Furcht vor dem ideologischen Va-

kuum haben, denn es bedeutet unweigerlich die Infragestellung ihrer Dominanz der gesellschaftlichen Willensverhältnisse. Ungeachtet aller Verkündigungen über das Ende des Zeitalters der Ideologien treibt daher der *horror vacui* die Bemühungen um die (Re-)Ideologisierung der deutschen Gesellschaft an. Sie wird - nicht zu Unrecht - geradezu als politische Existenzfrage apostrophiert. Die PDS betriebe ihre eigene politische Entwaffnung, würde sie die Bedeutung ideo-logischer Auseinandersetzungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik für die Veränderung politischer Kräfteverhältnisse geringschätzen oder gar negieren.

II

Das betrifft natürlich auch das Feld der Auseinandersetzung um Grundfragen des Staats- und Demokratieverständnisses. Die PDS hat das Verhältnis zu Demokratie und Rechtstaatlichkeit stets als zentrale Frage ihrer sozialistischen Erneuerung betrachtet. Am Beginn des Erneuerungsprozesses stand das Be-kenntnis zu den Forderungen der Volksbewegung des Herbstes 1989 nach Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und rechtsstaatlichen Gewährleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der DDR. Die anfänglich demokratische Stoßrichtung der Volksbewegung ... eröffnete uns die Chance des radikalen Bruchs mit dem undemokratischen Partei-, Staats- und Politikverständnis der SED. Wir bemühten uns um eine Neuan-eignung demokratisch-sozialistischer Traditionenbestände und entwickelten schließlich eine programmatisch Platt-form der *Einheit von Sozialismus und Demokratie*. (...) Kennzeichnend für den programmatischen Standort der PDS ist die Definition der gesellschaftlichen Großprobleme unserer Zeit - Frieden, (neue) soziale Frage, Unterentwicklung, ökologisches Gleichgewicht, Rechte der Frauen - als aufeinander bezogene Menschenrechtsfragen. Sozialismus als Wert-orientierung, Weg und Ziel bedeutet für uns in erster Linie eine politische und geistige Bewegung des Ringens um eine sozialökonomisch, ökologisch und antipa-triarchal fundierte Demokratie. Bei allen Widersprüchen und selbst Konflikten im einzelnen: Das sind Grundpositionen, die das politische Handeln der PDS bestimmen. Es spricht nicht für die politische Kultur und die Verwurzelung demokratischer Tugenden in diesem Land, wenn ei-ne Partei dieser politischen Orientierung von ausnahmslos allen anderen Parteien offiziell als Gefahr für die Demokratie denunziert und als Angelegenheit der Sicherheitsbehörden eingesortiert wird. Von der demokratischen Normalität Europas sind wir noch ein gutes Stück entfernt - und dies zu einem Zeitpunkt, wo diese Normalität längst von ganz anderen Fak-toren und politischen Kräften in grundsätzlicher Weise in Frage gestellt wird.

Die Fundamente und die Perspektive

einer demokratischen und rechtlichen Ordnung werden in erster Linie durch die herrschende neokonservative Politik bedroht, einer Politik, die ihre Anpassungs-übungen an durch Gestaltungsverzicht erst konstituierte „Zwänge“ der Globalisierung als Gestaltung- und Reformleistungen anpreist, einer Politik, die dazu führt, daß politische Gestaltungsmacht von den demokratischen Institutionen wegdelegiert und zu mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen verlagert wird. Das Ergebnis ist die schleichende Entmachtung demokratisch legitimierter Politik und ihre zunehmende Unfähigkeit, den gesellschaftserodierenden Auswirkungen der kapitalistischen Weltmarktwirtschaft beizukommen. Und von der Erosion der Gesellschaft muß man sprechen. Das ist keine linke Schwarzmalerei. Kein geringerer als Ralf Dahrendorf konstatiert „Tendenzen der Anomie ..., die Recht und Ordnung gefährden, indem sie den sozialen Zusam-menhalt auflösen“.⁵ Diese Entwicklung - von Dahrendorf als „Geißel der Moderne“⁶ apostrophiert - ist nicht die unab-wendbare Folge eines gesellschaftlichen Naturgesetzes. Sie liegt allerdings in der Konsequenz der neokonservativen Antwort auf den grundlegenden Wandel der modernen kapitalistischen Produktions-verhältnisse. Jürgen Habermas schreibt in diesem Zusammenhang: „Die neokon-servative Politik hat eine gewisse Chan-ce der Durchsetzung, wenn sie in jener zweigeteilten segmentierten Gesell-schaft, die sie zugleich fördert, eine Basis findet. Die ausgegrenzten oder an den Rand gedrückten Gruppen verfügen über keine Veto macht, da sie eine ausgehalte-ne, aus dem Produktionsprozeß ausge-gliederte Minderheit darstellen. Das Mu-ster, das sich im internationalen Rahmen zwischen den Metropolen und der unter-entwickelten Peripherie mehr und mehr eingespielt hat, scheint sich im Innern der entwickeltesten kapitalistischen Gesell-schaften zu wiederholen: die etablierten Mächte sind für ihre eigene Reproduktion auf die Arbeit und Kooperationsbe-reitschaft der Verarmten und Entrech-ten immer weniger angewiesen. Aller-dings muß sich eine Politik nicht nur durchsetzen können, sie muß auch funk-tionieren. Eine entschlossene Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses müßte aber Funktionslücken hinter-lassen, die nur durch Repression oder Ver-wahrlosung geschlossen werden könnten.“⁷

Dieses Zitat stammt aus dem Jahre 1990. Mittlerweile ist längst absehbar ge-worden, daß sich die herrschende Politik mit Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut abgefunden hat. Einer immer größer werdenden Minderheit brechen die Grundlagen einer sozial einigermaßen gesicherten Existenz - geschwei-ge denn eines Lebens in Wohlstand - weg. Damit aber sind schwere sozialpsychi-sche Defizite vorprogrammiert. Mit der Ausgrenzung aus dem Reproduktions-

prozeß und damit verbundenen Sozial-bindungen geht nicht nur ein Verlust von Gestaltungskraft, sondern von Selbstbe-wußtsein und demokratischem Gestal-tungswillen einher. Hier liegen wesent-liche Ursachen der grassierenden soge-nannten „Politikverdrossenheit“. Die andere Seite der Medaille ist der Aus-schluß von immer mehr Menschen vom Zugang zu kulturellen Leistungen und Betätigungs möglichkeiten, ihre Über-antwortung an eine nivellierende und manipulierende reine „Zeitvertreibsin-dustrie“. Habermas' Wort von der „Ver-wahrlosung“ beschreibt nicht eine dun-ke Perspektive, sondern einen Prozeß, der längst in Gang ist. Läßt sich aber ei-ne zunehmend „verwahrlosende“ Gesell-schaft auf Dauer noch demokratisch re-gieren? Allein, daß unter den heutigen Bedingungen vielen diese Frage berech-tigt und plausibel erscheint, verweist auf die fundamentale Gefährdung der De-mokratie. Ich weiß nicht, ob Dahrendorfs Plädoyer für eine Verknüpfung von Fle-xibilität und Sicherheit, Wettbewerbs-fähigkeit und Solidarität, Unternehmer-tum und institutionellen Bindungen eine realistische Perspektive beschreibt, so wünschenswert sie mir zu sein scheint. Seine Feststellung aber, daß es einer Al-ternative bedarf „zu der größten Bedro-hung der Zeit, einem neuen Autoritaris-mus“, stimme ich völlig zu. „Den neuen Autoritarismus vor allem gilt es durch phantasievolle Reformen zu verhin-dern.“⁸

Davon aber ist die herrschende Politik weit entfernt. Sie nimmt im Gegenteil die aus wachsender sozialer Unsicherheit und Ungerechtigkeit resultierende Erosion gesellschaftlicher Bindungen in Kauf und begegnet - soweit ich es sehe - den damit verbundenen sozialen und so-zialpsychischen Defiziten im wesent-lichen auf zwei Wegen, für die sie immer wieder - und nicht ohne Erfolg - kampa-gnhaft einen ideologisch-hegemonialen Resonanzboden zu schaffen sucht. Der eine Weg stellt sich - um eine Formulie-rung von Rolf Gössner aufzugreifen - dar in der Formel: „Je weniger soziale Si-cherheit, desto mehr ‚Innere Sicherheit‘.“⁹ Der zweite Weg besteht in dem Versuch einer Substitution mehr und mehr ausfallender wirtschaftlich und sozial vermittelte gesellschaftliche Bin-dungen durch die Mobilisierung „emo-tionaler Bindekräfte“ der Nation als der - so Wolfgang Schäuble -“Verantwor-tungs- und Schicksalsgemeinschaft nicht nur aus der Vergangenheit heraus, son-dern auch in die Zukunft hinein“¹⁰, ein Weg, der sich zugleich mit einem Para-digmenwechsel in der Beurteilung unse-rer jüngsten Geschichte verbindet. Arnulf Baring schreibt: „Eine Gesellschaft, die sich wesentlich aus ihrer wirtschaf-tlichen Leistungsfähigkeit und deren Di-videnden rechtfertigt, muß in besondere Schwierigkeiten geraten, sobald die Fähigkeit zu breiter sozialer Bedürfnis-befriedigung nachläßt. Deshalb sollte ei-

ne lebenskluge Politik darauf achten, andere, nichtmaterielle Elemente zum Bestandteil eines breiten gemeinsamen Zusammenschlusses zu machen. An ihnen fehlt es bei uns in einem beklagenswerten Ausmaße ... Alle stabilen, nämlich durch gemein überstandene Krisen gehärteten Demokratien - und zu denen gehören wir, wie man inzwischen sieht, trotz aller Meriten des letzten halben Jahrhunderts noch nicht - werden durch tieferen Bindungen zusammengehalten als einen breiten Individualwohlstand und noble Sozialleistungen, wie sie die Bundesrepublik auszeichnen. Sie verbindet die gemeinsame, über die Generationen weitergetragene Erinnerung an große Tage und grausame Zeiten, an Triumphe und Katastrophen, Kriege, Siege und Leiden, Leistungen und Fehlschläge, verbindet der Stolz auf die eigene Sprache, Kultur und Geschichte - ein Erbe, das freie Völker dazu bringt, in kritischen Zeiten zusammenzustehen und für das Ganze selbstlos zu wirken.¹¹

Die Beschwörung einerseits der „Innen Sicherheit“ und andererseits „nationaler“ Bindungen im Sinne eines „Kompensationsgeschäfts“ für mehr und mehr ausfallende soziale Ausgleichs- und Stabilisierungsfaktoren münden in der Formierung eines veränderten ideo- logischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Das westorientierte, grundrechtszentrierte, liberaldemokratische und sozial geprägte staats- und verfassungspolitische Grundverständnis weicht immer mehr einem „neuen Patriotismus“, der sich mit einer Rehabili- tierung politischer Traditionen bestände verbindet, in denen Sozialismus als sozialökonomisch fundierte Demokratie von jeher als integrierendes Feindbild der Nation galt. Mit einem ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, das darauf baut, kann es für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten kei- nen Frieden geben.

¹ entfällt

² Vgl. U.-J. Heuer, Abschied von der Ideologie?, in: *Recht und Ideologie*. Festschrift für H. Klenner zum 70. Geburtstag, hrsg. Von G. Haney / W. Maihofer / G. Sprenger, Freiburg/Berlin 96, S. 78.

³ Zitiert nach G. Zamis, Nachwort zu A. Gramsci, *Gedanken zur Kultur*, hrsg. Von G. Zamis unter Mitarbeit von S. Siemund, Leipzig 1987, S. 271

⁴ entfällt

⁵ R. Dahrendorf, Liberale ohne Heimat, in: *Die Zeit*

⁶ Ebenda, S. 4

⁷ J. Habermas, Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Ders. *Die Moderne - ein unvollendetes Projekt*. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990, Leipzig 1990, S. 120f.

⁸ R. Dahrendorf, a.a.O., S. 4

⁹ R. Gössner, Grundrechts-Zerfall und Demokratie-Abbau. Auf dem Weg in einen autoritären „Si- cherheitsstaat“? in: *Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung*, hrsg. Von D. Dahn / D. Lattmann / N. Paech / E. Spoo, Heilbronn 1997, S. 118

¹⁰ W. Schäuble, Brauchen wir einen neuen Ge- sellschaftsvertrag?, in: Alternativen zur Stan- dardpolitik, München 1997, S. 201f.

¹¹ A. Baring, Deutschland, was nun? Berlin 1991, S. 176f.

Ein Aufruf Die Überlebenden sowjetischen NS-Opfer erinnern

Auf Einladung des *Berliner Aufrufs* (für die Anerkennung und Entschädigung aller NS-Opfer) hielt sich Geogij Semenjak, Vorsitzender des KZ-Häftlingsverbands St. Petersburg SPROBUFKL, Ende Januar in der Bundesrepublik auf. Auf Pressekonferenzen und Veranstaltungen des *Berliner Aufrufs* trug er die Anliegen und Forderungen seines Verbandes vor. Der Verband fordert für die wenigen noch lebenden früheren sowjetischen KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter eine feste monatliche Rentenzahlung seitens der Bundesregierung. Bisher erhielten die ca. 1 Million noch lebenden Opfer des Nationalsozialismus in Weißrussland, Ukraine und Rußland lediglich eine einmalige Entschädigungszahlung in Höhe von durchschnittlich 900 DM – zusammen knapp 1 Mrd. DM. Zum Vergleich: Die ca. 50 000 bis 80 000 noch lebenden SS-Angehörigen, Kriegsverbrecher und deren Angehörige in der Bundesrepublik erhielten nach Expertenschätzungen bisher über 35 Milliarden DM an Renten und Unterstützungszahlungen aus öffentlichen Kassen der Bundesrepublik. Hier die Erklärung von Geogij Semenjak aus Anlaß seines Besuchs.

Auf Einladung des Berliner Aufrufs halte ich mich als Vertreter des KZ-Häftlingsverbandes St. Petersburg in Deutschland auf.

In den letzten Tagen habe ich aufmerksam die öffentliche Berichterstattung über den 3. Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus verfolgt. Ich gewann den Eindruck, daß die Dimensionen des Holocaust, das Leid der Sinti und Roma im Gedächtnis der Bevölkerung wachgehalten ist. Bei der Los der noch über 1 Million überlebenden sowjetischen NS-Opfer, die als „Untermenschen“ in der nationalsozialistischen Rassenideologie angesehen wurden, fand ich im offiziellen Gedenken kaum Hinweise.

Ich möchte nochmals unsere Situation in Erinnerung rufen. Durch den Krieg verlor die Sowjetunion einen großen Teil ihrer Bevölkerung (Schätzungen gehen von bis zu 20 Millionen aus), mehr als sechs Millionen Menschen wurden während der deutschen Besatzung gezielt ermordet. Fünfeinhalb Millionen Sowjetbürger starben durch Hunger und Krankheit.

Nach dem Überfall Deutschlands wurden annähernd 5 Millionen Kriegsgefangene und Zivilisten zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Den Verschleppten wurde das Los von Sklaven und die Behandlung als „bolschewistische Untermenschen“ zuteil. Sie waren billigste Arbeitskräfte für den deutschen

„Endsieg“ in der Industrie, im Bergbau und in der Landwirtschaft unter größter Mißachtung völkerrechtlicher Vereinbarungen.

Nach unserer Rückkehr aus Deutschland wurden wir als Kollaborateure, Verräte der Heimat angesehen. Die soziale und politische Anerkennung in der in der Sowjetunion blieb uns KZ-Häftlingen lange, den Ostarbeitern – die sowjetischen Zwangs- bzw. Fremdarbeiter nannten sich selbst so, da sie deutlich sichtbar auf Brusthöhe das Abzeichen Ost tragen mußten – gänzlich verwehrt. (Der Verband der KZ-Häftlinge wurde erst 1961 gegründet, Verbände der Zwangs- bzw. Ostarbeiter wurden sogar erst vor zwei Jahren in Rußland zugelassen, d. Red.) Viele von uns verschwanden in Stalins Gulag und waren so Doppelopfer. Die NS-Opfer sind teilweise noch heute erheblich sozial benachteiligt. Sie konnten nicht studieren, erhielten schlecht bezahlte Arbeit, sind heute alt und krank und leben daher oft in Armut. Sie haben keine Kraft, sich für ihre Interessen einzusetzen und wenig gesellschaftspolitische Unterstützung für ihre Belange. Für viele sowjetische NS-Opfer waren die Einmalzahlungen von durchschnittlich ca. 900 DM aus den (in den vergangenen Jahren durch bilaterale Verträge ins Leben gerufenen, d. Red.) drei Stiftungen für Verständigung und Versöhnung die erste materielle und moralisch Anerkennung. (Für über 1 Million NS-Opfer stellte die Bundesrepublik ab 1993 den Betrag von 1 Milliarde DM als „humanitäre Ausgleichszahlung“ für die gegründeten Stiftungen in Weißrussland, Ukraine und Rußland zur Verfügung, d. Red.).

Wir Überlebende des nationalsozialistischen Terrorsystems begrüßen den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Wir hoffen auf Deutschland!

Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Deutschland auf, allen sowjetischen NS-Opfern (Deportierte, KZ- und Ghetto-Häftlinge und Ostarbeiter) eine angemessene Rente für den erfahrenen Schaden und den entgangenen Lohn zu ermöglichen.

Im „Land der Täter“ werden an die SS-Angehörigen, die Kriegsverbrecher und deren Angehörige aus den Versorgungskassen Renten (bisher nach Expertenschätzungen über 35 Mrd. DM für ca. 50.000 bis 80.000 Kriegsverbrecher) gezahlt.

Wir Überlebende empfinden diesen Umgang mit den NS-Opfern beschämend.

gez. Gregorij Semenjak, Vorsitzender der St. Petersburger regionalen gesellschaftlichen Gemeinschaft der Veteranen, ehemaligen Häftlinge faschistischer Konzentrationslager und Gestapogefängnisse e.V. SPROBUFKL

Büro: c/o Memorial, Rasjeszaha 9, RUS-198005 St. Petersburg, Tel./Fax +812-1106519

Buchbesprechung

Kurdologie – Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan

Das gleichnamige, 1997 erschienene Taschenbuch, ist das Ergebnis einer Veranstaltungsreihe, die an der Freien Universität Berlin stattfand und bereits in einer mehrjährigen Tradition steht. Unter den Begriff Kurdologie fällt, was Zusammenhänge in und um Kurdistan und die Lebensverhältnisse von Menschen betrifft, die sich als Kurden begreifen. Von den Verfassern stammen einige selbst von dort. Da das Buch als Band eins ausgewiesen ist, haben die Herausgeber offenbar die Absicht, weitere Materialien nach und nach einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion zugänglich zu machen. Die Finanzierung der Veranstaltung wurde übrigens von der Universität übernommen. Dies ist auf der einen Seite bemerkenswert, andererseits werden vielfach Fragestellungen abgehandelt, die die für die Inhalte Verantwortlichen nicht in einen scharfen Konflikt zur politischen Linie der BRD bringen können. Das schmälert den Inhalt der Veröffentlichung aber nicht.

Im Vorwort schreiben die Herausgeber:



Carsten Borck; Eva Savelberg; Siamend Hajo (Hrsg.), Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan, Münster 1997, LIT-Verlag, ISBN 3-8258-3420-4

„Daß die KurdInnen ein Volk ohne Staat sind, darf nicht bedeuten, daß eine Beschäftigung mit ihnen aus dem wissenschaftlichen Diskurs ausgeklammert wird. Ein erheblicher Mangel an wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Kurdistan und den KurdInnen ist jedoch seit Mitte der zwanziger Jahre, genauer seit der Grenzziehung in der Region nach dem Ersten Weltkrieg durch den Vertrag von Sèvres, zu bemerken. Zahlreiche Forschungslücken und die Inanspruchnahme nur bedingt seriöser Informationen durch Medien und Politik sind das Ergebnis. Mittelfristig wird kurdologischer Lehre und Forschung somit auch die Aufgabe zukommen, zur Entschärfung und Lösung politischer Konflikte sowohl in der Bundesrepublik als auch im Nahen Osten beizutragen.“ Diese Einschätzung mag hinsichtlich der Kräfte, die dem v.a. in der BRD entgegenstehen, ja, sogar den Krieg gegen das kurdische Volk begünstigen, Skepsis hervorrufen. Zu wünschen wäre es trotzdem.

Die insgesamt elf Arbeiten liefern eine Fülle von Hintergrundwissen, das sich bei der alltäglichen politischen Beschäftigung zumindest nicht gerade aufdrängt. So beschreibt ein Beitrag die Situation der Kurden zwischen ethnischer, religiöser und regionaler Identität, ein anderer setzt sich mit der Stammespolitik und der kurdischen Nationalbewegung im Irak auseinander. Überhaupt kreist sehr viel um die Fragestellung, wer sind Kurden, wie sind die sozialen Strukturen in den einzelnen Ländern – Türkei, Iran, Irak und Syrien – beschaffen, was trennt wo Stadt und Land voneinander, oder welche Bedeutungen und Auswirkungen haben die oft noch vorherrschenden Stammesstrukturen- und Abhängigkeiten im Entwicklungsprozeß zum (einheitlichen) und eventuell unabhängigen Staatsgefüge. Man gewinnt einen Eindruck von der Vielfältigkeit dieser sehr komplexen Zusammenhänge, die in der hiesigen Meinungsbildung vom Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Zivilbevölkerung überlagert werden.

Leider – so ging es jedenfalls mir – ergibt sich beim Lesen mancher Beiträge schnell das Problem, daß sich eine Reihe von Veröffentlichungen auf einer abstrakten, wissenschaftlich ausgerichteten Linie bewegt. Hier hat sich die Fachliteratur Begriffe geschaffen, die man sich, einschließlich der Definitionen, aneignen muß. Diese Hürde ist oft ärgerlich, weil Erkenntnisse, Aussagen und

Untersuchungsergebnisse in einer Art von Geheimsprache wiedergegeben werden. Das erschwert die Verständlichkeit. Dennoch liegen genügend Aufsätze vor, die ansprechend verfaßt und flüssig zu lesen sind. Hier orientieren sich die Themen auch gleich viel stärker am Alltagsgeschehen. Zwei dieser Arbeiten haben mir besonders gut gefallen.

Im ersten der beiden Beiträge beschreibt Heidi Wedel die Lebensbedingungen von KurdInnen in türkischen Metropolen. Sie behandelt Migration, Flucht und die Teilnahme am politischen Geschehen. Hier werden die mangelhafte Integration von kurdischen MigrantInnen in den Gecekondu-Vierteln (Slums), die Probleme der Integration in den formellen Arbeitsmarkt – vor allem bei der Erwerbstätigkeit von Frauen –, soziale Beziehungen im Viertel im Hinblick auf die Einschränkung der Außenkontakte oder der Zusammenhang von ethnischer Identität (also dem Verständnis oder Selbstverständnis, Kurde zu sein oder nicht) und politischer Orientierung untersucht. Auch die Frage der alevitischen Identität und die Verschärfung der Lebenssituation durch den Flüchtlingsstrom innerhalb der Türkei wird behandelt. In einem Kapitel weist die Verfasserin die Verlogenheit der Bundesregierung nach, es gebe eine sichere innertürkische Fluchtalternative. Frau Wedel befand sich 1993/94 in der Türkei auf Recherche und stützt sich daher vielfach auf eigene Forschungsergebnisse.

Der andere Aufsatz, von Amir Hassanpour, befaßt sich mit dem kurdischen Sender MED-TV, der von England aus tätig ist. Neben der Entwicklung bis zur Gründung dieses Kanals werden u.a. die verfolgten Ziele, Programmstruktur und Organisation beschrieben. Sehr anschaulich ist zu lesen, wie die türkischen Behörden alle Register ziehen, um MED-TV zum Schweigen zu bringen. Da dies auf direkter staatsterroristischer Ebene nur sehr begrenzt greift, sind die Machthaber aus Ankara auf die Hilfe der englischen Behörden angewiesen, die sie auf die eine oder andere Art auch erhalten. Dies wird sehr griffig belegt. Aufschlußreich ist auch die Schilderung über technische Störmanöver durch den türkischen Staat, als Öcalan in zwei Live-Sendungen über die friedliche Lösung des Konflikts diskutieren wollte.

Trotz aller Schwierigkeiten beim Lesen mancher Themenzusammenhänge beleuchtet das Buch eine Menge von Umständen, die sich in der Argumentation als nützliche Hilfen verwenden lassen.

die

Inzwischen steht der Termin für den diesjährigen Kurdologiekongreß in Berlin fest. Vom 29.-31.Mai finden Veranstaltungen über „KurdInnen als Subjekte und Objekte politischer und sozialer Prozesse“ statt. Das Programm klingt interessant und ist unter Tel. (0 30) 839 091 24 (Kurdistan-AG AStA FU) erhältlich.

6.-8. März: Grüne BDK in Magdeburg verabschiedet Bundestagswahlprogramm

7. März: Die „Erfurter Erklärung“ lädt ein zum „Bochumer Ratschlag“ an die Universität in Bochum. Organisation: ASTA Uni Bochum.

10. März: 10. Jahrestag des irakischen Giftgasmassakers in der kurdischen Stadt Halabja.

14./15. März: Frühjahrstagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln. Gäste willkommen. **Anmeldung:**

Jörg Detjen, Köln, Tel: 0221 / 21 16 58, Fax:

02 21 / 62 15 32. **Themenschwerpunkt:**

„Parteibildung – Wahlen – Parteiaufbau“ Samstag/Sonntag, 14./15. März 1998, Jugendgästehaus Köln-Riehl

13.30 Uhr: „Parteibildung – Wahlen – Parteiaufbau“ – Es referieren: Joachim Bischoff, Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Martin Fochler (siehe auch Beitrag in den Politischen Berichten 3/98, S. 22 ff.)

18 Uhr: Abendessen 19 Uhr: Haushalt des Forums, Wahlen zum Arbeitsausschuß

Sonntag: **8.30 Uhr:** Arbeitsgruppen: a.: AG

Wirtschaft: u.a. Diskussion über „Regionale Klassenkämpfe“ und „Gewerkschaften“ siehe auch die entsprechenden Gliederungsabschnitte in den Politischen Berichten. b.: AG Ostexpansion: u.a. Diskussion über „internationaler Klassenkampf“ siehe auch die entsprechenden Gliederungsabschnitte in den Politischen Be-

20./21. März: Veranstaltung 150 Jahre „Manifest der Kommunistischen Partei“; in Frankfurt, Haus der Jugend • Veranstalter: Zeitschriften Sozialismus und spw. **Anmeldung:** Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Tel. 040 - 280 505 60, Fax 040 - 280 505 68 / Redaktion spw, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund, Tel. 0231 / 40 14 11, Fax 0231 / 40 24 16, E-mail: spw-Verlag@Link-Do.soli.de

22. März: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

30. März: Eröffnungskonferenz in London für die EU-Osterweiterung

3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm.

20./21. April: SPD-Bundesparteitag in Leipzig wählt Kanzlerkandidat und verabschiedet Wahlprogramm

25. April: Kongreß gegen das MAI in Bonn

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

2./3. Mai: EU-Konferenz entscheidet Teilnehmerkreis der EU-Währungsunion ab 1.1.1999

17./19. Mai: CDU-Bundestagswahlparteitag in Bremen

22./23. Mai: Kongreß „Renaissance der Grundrechte“ in München. Bestandsaufnahme des Abbaus der Grundrechte und Planung von gemeinsamer Aktivitäten. Bisher an der Vorbereitung beteiligt: IAF, Pro Asyl, Humanistische Union, Humanistische Bewegung, Bündnis 90/Die Grünen, Bayer. Flüchtlingsrat, VDJ, Neue RichterInnen Vereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Arbeiterwohlfahrt. Infos über Büro MdEP Claudia Roth, Tel. 0228/1687939.

22./24. Mai: DKP-Parteitag in Hannover

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstifdenden Europa.

Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongreß der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

10./11. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart